

Was wird aus der humanitären Hilfe?

___ **Schwerpunkt:** Die Not wächst, doch die Geber kürzen Gelder ___ **Meinung:** Weshalb Afrika und Europa den Handel ins Zentrum ihrer Beziehungen rücken sollten ___ **Meinung:** Venezuelas demokratische Zivilgesellschaft benötigt jetzt Unterstützung ___ **Aus aller Welt:** In Pakistan sehen sich afghanische Familien zur überhasteten Ausreise gezwungen



Meinung — 5

5 Weshalb Afrika und Europa den Handel ins Zentrum ihrer Beziehungen rücken sollten

Moses Vilakati, Mathias Mogge und Debisi Araba

9 Venezuela benötigt jetzt keine vergiftete Solidarität, sondern Unterstützung für seine demokratische Zivilgesellschaft

Laura Vidal

Aus aller Welt — 12

12 In Südsudan werden weiterhin Kinder rekrutiert und in den anhaltenden Konflikten eingesetzt

Mamer Kuot

Solidaritätsbekundung mit Venezuela vor der US-Botschaft in Pretoria, Südafrika, S. 9.



Foto: picture alliance/Anadolu/Ihsaan Hafejee



Foto: Aqsa Younas

15 Das harte Schicksal afghanischer Familien, die nach Jahrzehnten in Pakistan unfreiwillig ausreisen müssen

Aqsa Younas

18 Die Bedingungen in den modernen Hochsicherheitsgefängnissen in El Salvador sind erschreckend und Ausdruck einer Politik der Unterdrückung

Julia Gavarrete

21 Die Regierungen Lateinamerikas begegnen dem Druck aus den USA mit Pragmatismus, Widerstand und der Zusammenarbeit mit anderen Partnern

André de Mello e Souza

26 Ghana testet ein digitales System, das die Lieferketten für Kakao transparenter machen soll

Nastaran Zarnegari und Francis Dadzie Mintah

29 Heutzutage: An einer Blindenschule in Malawi hilft ein KI-Tool den Schüler*innen dabei, am Unterricht teilzunehmen

Lameck Masina

Tausende afghanische Familien sahen sich bereits gezwungen, ihr Zuhause in Pakistan fluchtartig zu verlassen, S. 15.

31 — Schwerpunkt — Was wird aus der humanitären Hilfe?

32 Die Weltgemeinschaft muss aufhören, gegen ihre eigenen humanitären Prinzipien zu verstoßen

Katharina Wilhelm Otieno

33 Einblicke in den bitterarmen Osten des Tschad, der Hunderttausende Kriegsgeflüchtete aus Sudan aufgenommen hat

Katharina Wilhelm Otieno

40 Der Landesdirektor Tschad des International Rescue Committee über die Grenzen der humanitären Hilfe vor Ort

Interview mit Alain Rusuku

44 Die Kürzung internationaler Hilfsgelder stürzt Kakuma, eines der größten Geflüchtetenlager der Welt in Kenia, in eine immer verheerendere humanitäre Krise

Alba Nakuwa

47 Wie die UN versucht, die enorme Lücke in der globalen humanitären Hilfe zu schließen

Martin Ohms, Jessica Kühnle und Matthias Amling

50 In Afghanistan gilt es, Hilfe zu leisten, ohne das Taliban-Regime zu legitimieren

Selmin Çalışkan

53 Was zu tun ist, um humanitäre Hilfe, Entwicklung und Friedensarbeit besser zu verzahnen

Interview mit Katharina Valjak

Bild: Muthoni Nderitu



Titelbild von Muthoni Nderitu (siehe S. 4).

Die humanitäre Hilfe befindet sich in einem gefährlichen Missverhältnis: Nur ein Bruchteil der benötigten Mittel steht zur Verfügung, während immer mehr Menschen auf Unterstützung angewiesen sind. Viele Geberländer kürzen ihre Budgets massiv, mit unmittelbaren Folgen für die Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten, Unterkünften und psychosozialer Hilfe. Wo die Finanzierungslücken wachsen, müssen Hilfsorganisationen grundlegende Bedürfnisse gegeneinander abwägen. Das untergräbt das Wesen der humanitären Hilfe: Menschenleben zu schützen und Würde zu wahren – unabhängig von Politik und Interessen.

10

Tage.

So lange hat es dieses Jahr gedauert, bis das reichste Prozent der Weltbevölkerung sein CO₂-Budget für das ganze Jahr aufgebraucht hat. Laut den Vereinten Nationen dürfen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels höchstens 2,1 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr emittiert werden – einen Grenzwert, den die Superreichen Berechnungen von Oxfam zufolge bereits am 10. Januar überschritten haben.

In diese Berechnungen flossen nicht nur der private Lebensstil ein, sondern auch die Emissionen, die durch Unternehmen verursacht werden, in die die Superreichen investieren. Neben einer stärkeren Besteuerung von emissionsintensiven Luxusgütern fordert Oxfam deshalb eine weltweite Steuer auf die Gewinne von Öl-, Gas- und Kohleunternehmen. Diese Steuer könnte jährlich bis zu 400 Milliarden Dollar einbringen und somit zumindest einen Teil der wirtschaftlichen Schäden ausgleichen, die durch den Klimawandel entstehen.

Die gute Nachricht

Im Jahr 2025 wurden drei Länder – **Georgien, Timor-Leste und Suriname** – von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für **malariafrei** erklärt.

Suriname wurde als erstes Land im Amazonasgebiet in die Liste der mittlerweile 47 Länder aufgenommen, die laut WHO frei von der Krankheit sind.

WHO-Vertreter*innen lobten die drei Länder für ihre **entschlossenen Maßnahmen** gegen die Krankheit, darunter Früherkennung und Behandlung, Engagement der Bevölkerung und Maßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung. Allerdings erfordere das Aufrechterhalten dieses Status kontinuierliche Anstrengungen, um eine **erneute Ausbreitung** von Malaria zu verhindern.



KÜNSTLERIN

Muthoni Nderitu („Blu“)

Muthoni Nderitu („Blu“) ist eine autodidaktische Künstlerin aus Kenia, deren Schaffen sich zwischen symbolischem, psychologischem und multimedialem Ausdruck bewegt und sich bis hin zu Poesie und multidisziplinären Formen erstreckt. Ihre Arbeit basiert auf der Erkenntnis, dass innere Transformation die äußere Realität prägt. Durch Symbolik, Textfragmente und vielschichtige Kompositionen erforscht Blu die Erinnerung als Quelle und Sprache: einen persönlichen und emotionalen Faden, der die innere Welt mit der umfassenderen menschlichen Erfahrung verbindet.

Sie arbeitet mit Acryl, Collagen, Tinte und Mischtechniken und nutzt die Überlagerung von Materialien als Metapher für Bewusstsein und gelebte Erfahrung. Neben ihrer Arbeit im Atelier organisiert Blu Kunstworkshops mit Kindern und Kunsttherapie-Sitzungen, die von ihrem Hintergrund in psychologischer Beratung geprägt sind.

E-Mail: torisck2024@gmail.com





Containerhafen Tanger Med in Marokko.

Foto: picture alliance/Zoonar/Nando Lardi

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Afrika und Europa sollten Handel ins Zentrum ihrer Beziehungen rücken

Als sich Mitte Februar die Staats- und Regierungschefs der Welt in Addis Abeba zum 39. Gipfeltreffen der Afrikanischen Union versammelten, standen vor allem geopolitische Fragen, Sicherheit und Klima im Mittelpunkt der Schlagzeilen und Diskussionen. Hinter diesen dringenden Themen verbirgt sich jedoch eine Chance, die weniger beachtet wird, aber das Potenzial für Umwälzungen hat: der Handel. Mit Ehrgeiz und Ausgewogenheit angegangen, kann er eine Hauptrolle in einer neuen Ära der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Deutschland – und in der gesamten afrikanisch-europäischen Partnerschaft – spielen.

In einer Zeit, in der die Europäische Union weitreichende Handelsabkommen mit dem Mercosur und Indien aushandelt, fällt auf, dass eine ähnlich mutige, zukunftsorientierte Vereinbarung mit Afrika bislang fehlt. Afrika hat die jüngste Bevölkerung der Welt, einige der am schnellsten wachsenden Märkte, verfügt über riesige Vorkommen an kritischen Mineralien, besitzt enormes landwirtschaftliches Potenzial und hat ein boomendes Agrartechnologie-Ökosystem. Dennoch bleibt es weitgehend in dem Muster gefangen, Rohstoffe zu exportieren und verarbeitete Lebensmittel sowie Betriebsmittel zu importieren. Dieses Ungleichgewicht verschärft die Wasser- und Ernährungsunsicherheit. Es ist aber keineswegs unumgänglich, sondern ließe sich durchaus ändern.

Und es steht viel auf dem Spiel. Afrikas Agrarexporte haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten auf 90 Milliarden Dollar im Jahr 2023 verdreifacht. Die Importe stiegen noch schneller, auf fast 120 Milliarden Dollar im Jahr 2023, und machen Afrika als Nettoimporteur von Lebensmitteln anfällig für globale Preisschocks. Während sich der innerafrikanische Agrarhandel zwischen 2003 und 2023 mehr als verdreifacht hat, auf 20 Milliarden Dollar, macht er immer noch weniger als ein Fünftel des gesamten Handels aus und liegt damit deutlich unter dem Niveau, das in Europa oder Asien erreicht wird.

„Afrika und Deutschland sollten partnerschaftliche Investitionen ausweiten, die lokale Wertschöpfung in den Vordergrund stellen.“

Eine zukunftsorientierte Handelspartnerschaft zwischen Afrika und Deutschland, eingebettet in eine umfassendere Vision für Afrika und die EU, könnte helfen, diese Lücken zu schließen. Der Handel zwischen Afrika und Deutschland bleibt bislang noch begrenzt, obwohl sich Afrikas wachsende Lebensmittelmärkte und Deutschlands Interesse an nachhaltigen, zuverlässigen Wertschöpfungsketten ergänzen könnten. Dies würde aber einen bewussten Wandel von einem Geber-Empfänger-Denken hin zu einem Ko-Investitionsmodell erfordern, das Produktionskapazitäten aufbaut und regionale Märkte stärkt. Zudem muss er den Handel in Einklang bringen mit Zielen wie Ernährungssi-

cherheit, Klimaschutz und Arbeitsplätzen – und zwar in den Mitgliedstaaten beider Unionen.

In Verbindung mit Investitionen in die ländliche Infrastruktur, soziale Sicherung, gerechte Landbesitzverhältnisse, Bildung und Verarbeitungskapazitäten kann der Handel die Ernährungssicherheit erheblich stärken und den Wandel der Agrar- und Ernährungssysteme vorantreiben. Er kann auch die Umsetzung des Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP) befördern. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da Subsahara-Afrika weiterhin die weltweit höchsten Hungerraten verzeichnet.

AUF DER AFCFTA AUFBAUEN

Die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA) bildet die Grundlage für einen solchen Wandel. Mit 54 Ländern, die das AfCFTA-Abkommen unterzeichnet haben, ist sie bereits die größte Freihandelszone der Welt, gemessen an der Mitgliederzahl. Ihr Potenzial ist immens: Es umfasst die Beseitigung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen, die Harmonisierung von Standards und die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten, die afrikanische Produzenten im In- und Ausland wettbewerbsfähiger machen.

Ihre Umsetzung muss jedoch dringend beschleunigt werden: Zu wenige Länder handeln im AfCFTA-Rahmen, und Engpässe in den Bereichen Infrastruktur, Zollverfahren und Lebensmittelsicherheit behindern weiterhin den grenzüberschreitenden Handel. Die institutionellen Kapazitäten der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und des AfCFTA-Sekretariats gilt es ebenfalls nachhaltig zu unterstützen, um Reformen zu koordinieren, zu überwachen und wirksam durchzusetzen.

Die Stärkung der AfCFTA liegt nicht nur im Interesse Afrikas. Ein stärker integrierter afrikanischer Markt würde den Kontinent zu einem stärkeren und zuverlässigeren Handelspartner für Deutschland und Europa machen. Außerdem würde dadurch die notwendige Größenordnung und Planbarkeit geschaffen, die europäische Investoren und Hersteller benötigen, um sich stärker in afrikanische Wertschöpfungsketten einzubringen.

Beispiele dafür gibt es bereits. In Westafrika zeigt die „Milch-offensive“ der ECOWAS (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten), wie eine koordinierte Regionalpolitik, Mischfinanzierungen und Investitionen in Kühlketten und Standards die Nachfrage nach modernen Technologien ankurbeln können. Die Initiative verringert zudem die Abhängigkeit von importiertem Milchpulver und erhöht gleichzeitig die Einkommen in der Viehhaltung und in den weiterverarbeitenden Branchen. In Ostafrika haben gezielte Modernisierungen von grenznahen Laboren die Abferti-

gungszeiten für Lebensmittelimporte und -exporte drastisch verkürzt. Dies trug sowohl zur Ernährungssicherheit bei als auch zum Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse. In Uganda haben nachhaltige öffentlich-private Investitionen im Kaffeesektor in Verbindung mit frühzeitigen Maßnahmen zur Rückverfolgbarkeit und zu Nachhaltigkeitsstandards den Exportwert gesteigert und den für beide Seiten vorteilhaften Handel mit Europa vertieft.

DAS AGRIBRIDGE NETWORK

Ein eindrucksvolles Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa ist das AgriBridge Network, ein afrikanisch-deutsches „Netzwerk von Netzwerken“. Es verbindet Forschungseinrichtungen, Akteure aus der Privatwirtschaft, Bauernverbände und die Zivilgesellschaft. Durch die Schaffung strukturierter Dialogräume fördert AgriBridge das gegenseitige Verständnis und Vertrauen, die für dauerhafte Partnerschaften und einen fundierten Austausch mit politischen Entscheidungsträgern unerlässlich sind.

Die jüngste Policy Note des Netzwerks zum Thema Handel enthält klare, umsetzbare Empfehlungen zur Stärkung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten, zur Beschleunigung der Umsetzung der AfCFTA, zum Ausbau inklusiver Finanzierung und zur Unterstützung von Frauen, Jugendlichen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie zeigt so, wie eine evidenzbasierte Zusammenarbeit verschiedener Interessengruppen zu konkreten Handelserfolgen führen kann.

„Die Staats- und Regierungschef*innen beider Seiten sollten sich zu einer neuen Handelsstrategie verpflichten, in der Afrika nicht als Rohstofflieferant betrachtet wird, sondern als Partner bei der Wertschöpfung.“

Aus diesen Erfahrungen lässt sich eine klare Agenda für Maßnahmen ableiten. Erstens sollten Afrika und Deutschland partnerschaftliche Investitionen ausweiten, die lokale Wertschöpfung in den Vordergrund stellen. Das beinhaltet die Unterstützung von Agrarverarbeitungszonen, erneuerbaren Energien für die Agrarwirtschaft, klimafreundlichen Technologien und der Entwicklung von Kompetenzen. Blended Finance kann das Risiko von Investitionen in der Frühphase verringern und langfristig orientierte Geldgeber anlocken. Zweitens, und das ist entscheidend: Alle derartigen Partnerschaften müssen strengen Umwelt- und Sozialstandards folgen, um sicherzustellen, dass der Handel zum Recht auf Nahrung, menschenwürdiger Arbeit und grünem Wachstum beiträgt.

Drittens muss jede umfassendere Handelsagenda zwischen Afrika und Europa von Grund auf inklusiv sein. Kleinbäuerliche Betriebe, Frauen, Jugendliche sowie kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der afrikanischen Agrar- und Ernährungswirtschaft; sie werden jedoch häufig von den Möglichkeiten des formellen Handels ausgeschlossen. Ein besserer Zugang zu erschwinglichen Finanzmitteln, Technologien, maßgeschneiderten Qualifizierungsangeboten und digitalen Tools kann diesen Gruppen helfen, stärker an regionalen und internationalen Wertschöpfungsketten teilzuhaben. Für Deutschland bedeutet dies, dass eine katalytische Entwicklungsfinanzierung, die Einbindung des Privatsektors und technische Zusammenarbeit aufeinander abgestimmt werden müssen, um bewusst diejenigen zu priorisieren, die bisher am stärksten benachteiligt werden.

In diesem Zusammenhang bietet der neue Reformplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Kollaboration legt, eine Chance. Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung kann die Grundlage für florierende Volkswirtschaften bilden, aber auch dafür, Armut zu beseitigen. Sie kann dringend benötigte Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und zu nachhaltiger Ernährungssicherheit beitragen. Damit dies eintritt, darf die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht allein von Export- oder Investitionsinteressen bestimmt sein. Vielmehr muss sie mit strengen Sorgfaltspflichten für Unternehmen einhergehen und fest verankert sein in der schrittweisen Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung.

Schließlich muss Europa in größeren Dimensionen denken. Die Verhandlungen der EU mit den Mercosur-Staaten und Indien zeigen, dass die europäischen Länder bereit sind für umfassende Handelsvereinbarungen, die über Zölle hinausgehen und Standards, Dienstleistungen, Investitionen, Innovation und Nachhaltigkeit abdecken. Afrika verdient einen ähnlich ehrgeizigen Ansatz. Dieser sollte die AfCFTA

als kontinentalen Anker anerkennen und im Laufe der Zeit auf eine weitreichende Handelspartnerschaft zwischen Afrika und der EU hinarbeiten.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um diese Vision in die Tat umzusetzen. Die Staats- und Regierungschef*innen beider Seiten sollten sich zu einer neuen Handelsstrategie verpflichten, in der Afrika nicht als Rohstofflieferant betrachtet wird, sondern als Partner bei der Wertschöpfung; nicht als Empfänger von Hilfe, sondern als Co-Investor in gemeinsames Wachstum und Wohlstand.

Von Addis Abeba bis Berlin sollte die Botschaft klar sein: Die Beziehungen zwischen Afrika und Europa erleben einen neuen Aufschwung, der in die Zukunft trägt. Was es jetzt braucht, ist der politische Wille, diese Chance zu nutzen.

LINKS

Welthungerhilfe: AgriBridge Network.

welthungerhilfe.org/what-we-do/focus-areas/food-systems-hungry-for-change/agribridge

AgriBridge Policy Note #1 (2026).

welthungerhilfe.org/news/publications/detail?tx_cart_product%5Bproduct%5D=2365&cHash=38a2993c-0fca9932b6842b6e91d582ad



MOSES VILAKATI

ist Kommissar der Afrikanischen Union für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Blue Economy und eine nachhaltige Umwelt (ARBE).

euz.editor@dandc.eu



MATHIAS MOGGE

ist Generalsekretär und Vorstandsvorsitzender der Welthungerhilfe, einer der größten privaten Hilfsorganisationen in Deutschland.



DEBISI ARABA

ist Managing Director der panafrikanischen gemeinnützigen Forschungsorganisation AKADEMIYA2063.

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

67. Jg. 2026

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 26. Februar 2026 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos, Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli

Mahajan, Lucknow (RM), Alba Nakuwa, Juja (AN), Ronald Ssegujja Ssekandi,

Kampala (RSS), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Anabell Krebs, Charlotte Rother, Fridolin Kandel

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.

DEMOKRATIE VS. AUTOKRATIE

Welche Art von Solidarität die Menschen in Venezuela jetzt brauchen

*Die Venezolaner*innen sind in eine neue Phase derselben Krise eingetreten, mit der sie seit vielen Jahren kämpfen. Internationale Reaktionen, die Solidarität mit Bevormundung verwechseln, sind dabei nicht hilfreich. Stattdessen verdienen pro-demokratische Akteure der Zivilgesellschaft mehr Unterstützung.*

VON LAURA VIDAL

Foto: picture alliance/Anadolu/hsaan Hafejee

Demonstration in Südafrika im Januar gegen das Vorgehen der USA in Venezuela.

Seitdem die Vereinigten Staaten unter Donald Trump am 3. Januar Nicolás Maduro mit militärischer Gewalt gefangen nahmen, hat sich in Venezuela alles und nichts geändert. Delcy Rodríguez, seit 2018 Vizepräsidentin, führt nun das an, was die Historikerin und politische Analystin Margarita López Maya als „De-facto-Regierung, aber unter Vormundschaft“ bezeichnet. Es passiert viel, doch wenig lässt sich mit Sicherheit prognostizieren. Die Ereignisse ändern sich binnen weniger Tage.

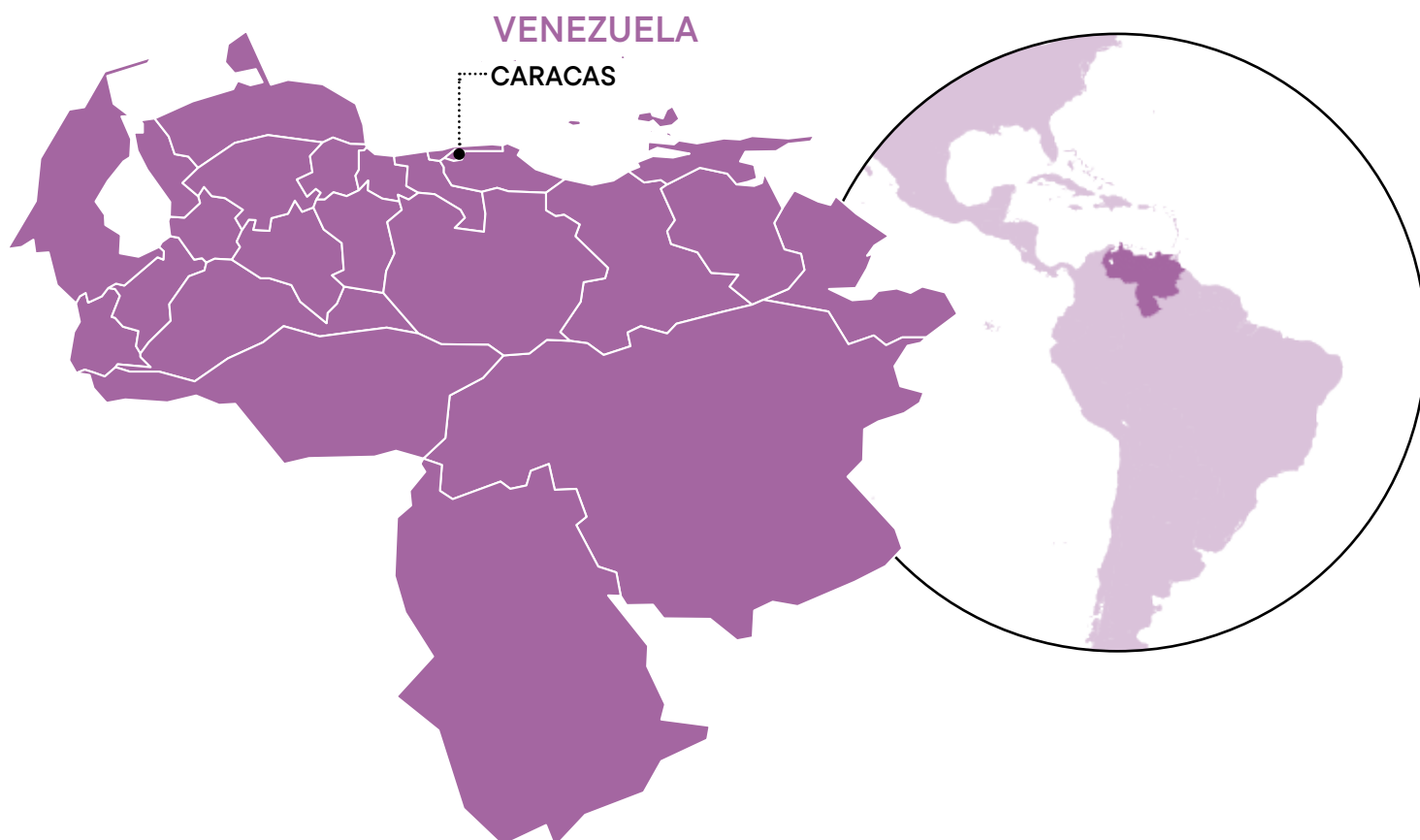
Nach wochenlangen, intensiven Debatten, die alte Gegensätze wiederbelebten – „links“ gegen „rechts“, „Souveränität“ gegen „Völkerrecht“ –, wird immer deutlicher, dass Maduro von Akteuren aus seinem eigenen Machtzirkel ausgeliefert wurde. Ironischerweise öffneten so gerade diejenigen, die lange Zeit den Diskurs über Blockfreiheit und Antiimperialismus vorangetrieben hatten, der Trump-Regierung die Tür zur US-Präsenz in der Region.

Die Entwicklungen in Venezuela erfordern ständige Aufmerksamkeit. Das herrschende Chaos ist kein Zufall, sondern strukturell bedingt. Der Kontext ändert sich rasch, und die allgegenwärtige Propaganda verschleiert wichtige Zusammenhänge.

Nach Maduros Festnahme waren schnelle und lautstarke internationale Reaktionen zu vernehmen. In mehreren Metropolen kam es zu Demonstrationen für die Verteidigung der territorialen Integrität Venezuelas. Die

antiimperialistische Rhetorik kehrte mit Nachdruck zurück. Doch viele Venezolaner*innen im Inland und in der Diaspora beobachteten diese Reaktionen sowohl mit Erleichterung als auch mit Irritation. Nicht, weil die Sorge um das Völkerrecht unangebracht wäre, sondern weil etwas Entscheidendes fehlte: die Perspektive der Venezolaner*innen selbst.

„Ja, militärische Interventionen schaffen gefährliche Präzedenzfälle. Aber das Gleiche gilt für den systematischen Abbau demokratischer Institutionen unter dem Schutzmantel der Souveränität.“



Der venezolanische Soziologe und Menschenrechtsaktivist Rafael Uzcátegui bezeichnet dieses Phänomen als „kleinen Kolonialismus“: eine Form symbolischer Herrschaft, die entsteht, wenn Außenstehende sich anmaßen, die Stimmen derjenigen, die die Gewalt erleben, zu interpretieren, zu bewerten und letztlich zu ersetzen. Diese Haltung präsentiert sich als prinzipientreu und fortschrittlich; sie zwingt aber den Betroffenen von oben herab Narrative auf.

Diese Dynamik wird sichtbar, wenn Venezolaner*innen gesagt wird, wie sie ihre eigene Krise zu interpretieren haben. Solidarität wird dann zu Pädagogik. Beobachter*innen im Ausland fordern geopolitische Reife und narrative Disziplin, aber sie ignorieren oder bagatellisieren, was die Opfer mit eigenen Augen gesehen haben.

DER VENEZOLANISCHE STAAT VERLETZT MENSCHENRECHTE

Die verheerende Menschenrechtslage in Venezuela hat sich nicht verbessert, tatsächlich treten die Missbräuche sogar immer deutlicher zutage. Da die Angst schwindet und nach und nach Gefangene freigelassen werden, tauchen immer mehr Zeugenaussagen auf. Lange vermutete Gräueltaten werden bestätigt, andere, zuvor unvorstellbare, kommen ans Licht. Organisationen, die sich für Transparenz und Dokumentation einsetzen, arbeiten trotz rechtlicher Schikanen und knapper Ressourcen weiter, auch aus dem Exil. Politische Gefangene bleiben das sichtbarste Symbol der Unterdrückung.

Ja, militärische Interventionen schaffen gefährliche Präzedenzfälle. Aber das Gleiche gilt für den systematischen Abbau demokratischer Institutionen unter dem Schutzmantel der Souveränität. Und es gilt für einen Staat, der seine eigene Bevölkerung bekämpft, Gerichte kapert, Wahlen aushöhlt, die Zivilgesellschaft kriminalisiert und Intransparenz als Waffe einsetzt. Auch das sind Präzedenzfälle. Sie schaffen ein Machtvakuum und normalisieren Straflosigkeit, lange bevor irgendwelche Flugzeuge oder Militärstiefel auftauchen.

Venezuela steckt nicht erst seit Januar in der Krise. Die jüngsten Ereignisse sind der Höhepunkt von fast 20 Jahren institutioneller Erosion und Unterdrückung. Ein Beispiel: die Präsidentschaftswahlen 2024. Die Bedingungen waren weder frei noch fair, und trotzdem standen Millionen Menschen Schlange, um zu wählen – obwohl sie sich der Wahrscheinlichkeit von Wahlbetrug bewusst waren. Viele sahen in der Stimmabgabe den letzten verbliebenen demokratischen Mechanismus. Als klar wurde, dass es erneut an Transparenz mangelte, folgte internationale Kritik, aber die Institutionen handelten nicht entschlos-

sen. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) scheiterte mit einem Resolutionsentwurf, der Transparenz forderte. Die Antwort auf die Hilferufe war Zögern.

VENEZOLANER*INNEN KÄMPFEN FÜR VERÄNDERUNG, NICHT BOMBEN

Die Demokratie ist global auf dem Rückzug, und der Fall Venezuela zeigt: Es geht gar nicht so sehr um „Souveränität versus ausländische Intervention“. Der eigentliche Konflikt ist jener zwischen einer autoritären Regierung, die ihre Position festigt, und Menschen, die versuchen, die Demokratie zu verteidigen.

Wenn Ideologie wichtiger ist als das Leid der Menschen, wird Solidarität selektiv. Und wenn Institutionen versagen, kann das die Opfer zu Verzweiflungstaten drängen. Die meisten Venezolaner*innen haben nicht darum gebeten, dass die Trump-Regierung das Land bombardiert und Maduro gewaltsam absetzt, um dem Chavismus ein Ende zu setzen. Stattdessen haben sie unter enormen Risiken gewählt, protestiert und sich organisiert, um demokratischen Wandel herbeizuführen.

Während viele Venezolaner*innen die Intervention als beschämend und alarmierend bezeichnen, geben einige auch zu, dass sie erleichtert sind, dass ein scheinbar unerschütterliches System zerbrochen ist. Diese Komplexität ist kein Widerspruch, sondern reale Auswirkung einer Dauerkrise, in der die Venezolaner*innen systematisch alleingelassen wurden.

Die internationale Gemeinschaft mag sich nicht ganz sicher sein, wem gegenüber sie ihre Solidarität zeigen soll. Hier eine konkrete Antwort: gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gruppen und Netzwerken, die Missetaten trotz aller Bedrohung dokumentiert haben, oft aus dem Exil heraus, und die sich nun mit drastischen Kürzungen von Mitteln konfrontiert sehen. Die Unterstützung Venezuelas und die Verhinderung ähnlicher Krisen anderswo hängen davon ab, solche Akteure zu stärken, anstatt über sie hinwegzusprechen. Internationale Partnerschaften, die auf Zuhören basieren, werden das verstehen.



LAURA VIDAL

ist eine venezolanische Expertin (PhD) zum Thema Meinungsfreiheit, digitale Rechte und interkulturelle Kommunikation.in.

[linkedin.com/in/lauravidalbarrios](https://www.linkedin.com/in/lauravidalbarrios)



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Sam Mednick

Ehemalige Kindersoldat*innen stehen in Yambio, Südsudan, Schlange, um sich bei UNICEF registrieren zu lassen und ein Entlassungspaket zu erhalten.

KINDER IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN

Kindersoldat*innen gehören in Südsudan weiterhin zur Realität

In Südsudan werden Kinder weiterhin rekrutiert und in den anhaltenden Konflikten eingesetzt. Ein UN-Bericht dokumentiert Kinderrechtsverletzungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure und fordert die südsudanesisische Regierung auf, ihre Schutzmaßnahmen zu verbessern.

VON MAMER KUOT

Südsudan kämpft seit Jahrzehnten mit anhaltender Gewalt, die die Zivilgesellschaft zu Opfern von Vertreibung, Krankheit und Hunger macht. Viele von ihnen sind Kinder. Viele tragen plötzlich die Verantwortung, ihre Familien zu ernähren, oder sie werden in den Kampf geschickt.

Das „Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten“, das am 25. Mai 2000 von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde und am 12. Februar 2002 in Kraft trat, soll Kinder davor schützen, rekrutiert und in „Feindseligkeiten“ eingesetzt zu werden. Es verbietet den 173 Mitgliedstaaten, darunter Südsudan, Personen unter 18 Jahren als Soldat*innen zu rekrutieren oder in sonstiger Weise im Rahmen eines bewaffneten Konflikts einzusetzen.

Südsudan ratifizierte das Protokoll am 27. September 2018, kurz nachdem das „Revitalisierte Abkommen über die Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan“ unterzeichnet worden war. Das Abkommen sollte den verheerenden Bürgerkrieg von 2013 bis 2018 beenden.

Trotz dieses Bekenntnisses gefährdet der anhaltende Konflikt zwischen Regierungstruppen und Oppositionsgruppen weiterhin die Rechte von Kindern im ganzen Land. In einem Bericht an den UN-Sicherheitsrat vom 27. Mai 2025 wies UN-Generalsekretär António Guterres darauf hin, dass Kinder nach wie vor einem extrem hohen Risiko ausgesetzt sind, Opfer schwerwiegender Rechtsverletzungen zu werden, sowohl durch staatliche als auch durch nichtstaatliche Akteure.

Der Bericht dokumentiert, dass es im Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2024 insgesamt 630 Kinderrechtsverletzungen in Südsudan gab, darunter Entführungen zur Rekrutierung, sexualisierte Gewalt währenddessen sowie Tötungen und Verstümmelungen nach den Entführungen.

Weiterhin heißt es in dem Bericht, dass es im Bundesstaat Western Equatoria mit 141 Fällen die meisten solcher Rechtsverletzungen gab; es folgen Upper Nile mit 137 Fällen und Jonglei mit 120 dokumentierten Übergriffen auf Kinder.

URSACHEN DER REKRUTIERUNG

Jahrzehnte des Bürgerkriegs, aktuelle Konflikte, klimabedingte Schocks und ein drastischer wirtschaftlicher Niedergang tragen dazu bei, dass südsudanesishe Kinder anfällig für Ausbeutung sind. UNICEF schätzt in diesem Zusammenhang, dass 65 % der Kinder im schulpflichtigen Alter nicht zur Schule gehen.

Wanga Emmanuel, Vorsitzender des Netzwerks für zivilgesellschaftliche Organisationen in West-Equatoria, ist der Ansicht, dass neben den Konflikten und Schwierigkeiten bei

„UNICEF schätzt in diesem Zusammenhang, dass 65 % der Kinder im schulpflichtigen Alter nicht zur Schule gehen.“

der Durchsetzung der rechtsstaatlichen Ordnung auch die Unfähigkeit der Regierung, die Problematik mit Straßenkindern anzugehen, ein wichtiger Faktor für Rekrutierung ist.

Wie Südsudans damalige Ministerin für Gender, Kinder und Soziales, Aya Warille Benjamin, 2024 erklärte, würden einige Kinder gewaltsam entführt – andere schlossen sich jedoch bewaffneten Gruppen an, um der Armut zu entkommen. Der UN-Bericht zeigt, dass Kinder teilweise mit Geldversprechen zur Rekrutierung gedrängt werden. Solana Jeremiah Chuei, Vorsitzender des zivilgesellschaftlichen Netzwerks im Bundesstaat Upper Nile, weist außerdem darauf hin, dass misshandelte Kinder gelegentlich selbst zu Gewalt greifen, um zu überleben.

Zunehmende Sicherheitsprobleme scheinen zudem mit einer Zunahme von Kinderrechtsverletzungen einherzugehen. Es gibt nur wenige Fortschritte bei der Umsetzung des „Revitalisierten Abkommens zur Beilegung des Konflikts“, und die andauernden Konflikte haben zu Kämpfen zwischen bewaffneten Jugendlichen sowie zu den im UN-Bericht dokumentierten Kinderrechtsverletzungen geführt. Von den 630 vom Länderteam verifizierten Fällen werden 45 % nichtstaatlichen Akteuren zugeschrieben und 31 % staatlichen Sicherheitskräften; 24 % blieben ohne eindeutige Zuordnung.

Peter Ngwojo, Informationsminister des Bundesstaates Upper Nile, erklärt, die Regierung verfolge inzwischen eine strikte Politik gegen die Rekrutierung von Kindersoldat*innen und bestreitet, dass weiterhin Kinder in staatlichen Einheiten eingesetzt würden. John Bariona, Minister für Kabinettsangelegenheiten in Western Equatoria, behauptet ebenfalls, seine Landesregierung habe eine klare Strategie zum Schutz von Kindern vor Ausbeutung, räumt jedoch ein, dass Rekrutierungen weiterhin vorkommen, auch wenn er nach eigenen Angaben nicht sagen kann, wer dahintersteht.

Der UN-Bericht stellt zwar fest, dass tatsächlich Fortschritte erzielt wurden. Er betont allerdings auch, dass unter anderem sexuelle Gewalt durch staatliche Kräfte ermöglicht und aufrechterhalten wird, weil die Verantwortlichen häufig nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Generalsekretär Guterres fordert die Regierung auf, Rechenschaftspflicht, Aufsicht und Ausbildung der bewaffneten Kräfte zu stärken,



um Kinderrechtsverletzungen in Zukunft zu verhindern. Er ruft zudem alle Parteien des Friedensprozesses dazu auf, das „Revitalisierte Abkommen zur Beilegung des Konflikts“, einschließlich seiner Bestimmungen zum Schutz von Kindern, vollständig umzusetzen.

ERFOLGE UND ANHALTENDE HERAUSFORDERUNGEN

Immer wieder haben sich die UN-Friedensmission in Südsudan (UNMISS), UNICEF und nationale Partner gemeinsam dafür eingesetzt, dass Kinder freigelassen werden, die sowohl mit staatlichen als auch mit oppositionellen Kräften in Verbindung standen. Erst im Dezember 2025 wurden 22 Kinder, die bei den South Sudan People's Defence Forces (SSPDF), den offiziellen Streitkräften des Landes, gedient hatten, den Kinderschutzbehörden in Western Equatoria übergeben. Sie sollen psychosoziale Betreuung erhalten, mit ihren Familien wiedervereint und in berufliche Ausbildungsprogramme aufgenommen werden, um ihnen die Wiedereingliederung in ein ziviles Leben zu erleichtern.

Trotz dieser Erfolge und trotz des erklärten Willens der Regierung, den Einsatz von Kindern in bewaffneten Auseinandersetzungen zu beenden, tauchen weiterhin beunruhigende Berichte auf. Der Aktivist Chuei berichtete von möglichen Rekrutierungsfällen im August 2025 in Malakal, der Hauptstadt des Bundesstaates Upper Nile, sowohl an einem Standort der UNMISS zum Schutz der Zivilbevölkerung als auch innerhalb der Stadt. Jungen seien angeblich wegen begangener Straftaten festgenommen worden, doch die lokale Bevölkerung vermutet, dass Rekrutierung der tatsächliche Grund für ihre Inhaftierung war. Ngwojo,

Informationsminister von Upper Nile, berichtete zudem, dass der spirituelle Anführer Makuach Tut, der die Nuer-White-Army-Miliz anführt, Kinder rekrutiert habe, um sie bei einem geplanten Angriff auf Malakal einzusetzen. Ngwojo betont, dass die Regierung keinerlei Kontrolle über die Operationen von Rebellengruppen habe, die in manchen Regionen erheblichen Einfluss ausüben. Die Situation zeigt, dass Kinder vermutlich noch so lange gefährdet bleiben, wie die Feindseligkeiten anhalten.

Chuei fordert die Regierung auf, ausreichende Bildungsangebote bereitzustellen, um zu verhindern, dass Kinder in Gewalt verwickelt werden oder ihr zum Opfer fallen. „Wir als Zivilgesellschaft erheben unsere Stimme dafür, dass Kinder gut behandelt und ihre Menschenrechte geachtet werden“, sagt er.

Auch Generalsekretär Guterres betont, dass es einen besseren Zugang zu Bildung braucht sowie robuste rechtliche Rahmenbedingungen, nachhaltige Friedensbemühungen, eine langfristige und nachhaltige Entwicklung sowie entschlossene Maßnahmen durch die Regierung Südsudans und die internationale Gemeinschaft, um die Ursachen der schweren Vergehen zu bekämpfen, von denen Kinder in Südsudan derzeit betroffen sind.



MAMER KUOT

ist ein südsudanesischer
Multimedia-Journalist.

saysabbath@gmail.com



UNFREIWILLIGE MIGRATION

Das harte Schicksal afghanischer Familien, vertrieben aus Pakistan

*Nach Jahrzehnten in Pakistan werden afghanische Familien ohne Vorwarnung zur Ausreise gezwungen. Ihre Häuser, Arbeitsplätze und sozialen Beziehungen müssen sie abrupt zurücklassen. Persönliche Geschichten aus der Stadt Sialkot zeigen, wie die Abschiebepolitik langjährige Einwohner*innen über Nacht zu „Außenseiter*innen“ macht.*

VON AQSA YOUNAS

Für Sumandar Khan war Sialkot im Nordosten Pakistans nie nur eine Zwischenstation. Es war seine Heimat. Mehr als 20 Jahre lang lebte der afghanische Staatsbürger in den engen Gassen des Viertels Pak Pura, zog dort acht Kinder groß, führte ein kleines Schuhgeschäft und begrub seine Eltern auf dem örtlichen Friedhof. Sein ältester Sohn verdiente seinen Lebensunterhalt mit einem Schawarma-Stand ein paar Straßen weiter. Das Leben der Familie war geprägt von Arbeit, Schule und nachbarschaftlichen Beziehungen. Pakistan

war für sie kein Zufluchtsort, sondern das einzige Land, das sie kannten.

Diese Gewissheit zerbrach, als die Behörden anfangen, strengere Maßnahmen gegen afghanische Staatsangehörige ohne gültige Papiere durchzusetzen. Plötzlich stellte die Polizei immer mehr Verwarnungen aus, und auch die Verhaftungen nahmen zu. Schnell verbreitete sich in Vierteln wie Pak Pura die Botschaft: Geht freiwillig, oder ihr werdet weggeschafft. Für Familien, die dort jahrzehntelang ohne großes Aufsehen gelebt

hatten, kam dieser Wandel abrupt und hatte verheerende Folgen. Seit eh und je hatten sie Miete gezahlt, ihre Kinder zur Schule geschickt und zur lokalen Wirtschaft beigetragen. Nun wurden sie über Nacht zu Außenseiter*innen erklärt.

Als die Familie von Sumandar Khan anfang zu packen, wurde die Realität für sie plötzlich greifbar: Möbel, Haushaltswaren und andere Gerätschaften mussten zu Schleuderpreisen verkauft werden. Denn die Käufer wussten natürlich, dass die betroffenen Familien nicht in der Lage waren, zu verhandeln. Jeder Verkauf fühlte sich für sie an wie eine kleine Kapitulation. Die letzten Tage waren geprägt von Stille und unbeantworteten Fragen. Die Kinder verstanden nicht, warum sie gehen mussten. Sie waren doch in Pakistan geboren; ihre Erinnerungen waren verbunden mit Schulhöfen, lokalen Märkten und Freund*innen aus der Nachbarschaft. Afghanistan kannten sie nur aus Erzählungen der Erwachsenen.

Ein paar Straßen weiter lebte Bakhto Khan, wie Sumandar ebenfalls afghanischer Staatsbürger. Bakhto führte ein kleines Gemüsegeschäft und verkaufte Tomaten, Kartoffeln und Obst an Nachbar*innen, die ihn seit Jahren kannten. Seine sieben Söhne wurden alle in Pakistan geboren. Gearbeitet haben sie, wo immer es Arbeit gab, sei es als Träger auf Märkten oder als Helfer in Werkstätten oder kleinen Geschäften.

Bakhto hätte niemals gedacht, dass seine Zeit nach Jahrzehnten in Pakistan enden würde, nur weil er keine Ausweisdokumente hatte. Wie viele andere lebte er ruhig, vermied Probleme und konzentrierte sich darauf, seine Familie zu ernähren. Als die Maßnahmen verschärft wurden, schloss er

sein Geschäft ohne Ankündigung. Seine Söhne verließen ihre Arbeitsstellen ohne Erklärung. Groß verabschieden konnten sie sich nicht; sie mussten hastig packen, aus Angst, festgenommen zu werden.

MEHR ALS 150.000 AFGHAN*INNEN VERHAFTET

Szenen wie diese spielen sich tagtäglich in Pakistan ab. Afghanische Familien verlassen ihre Häuser, in denen sie seit Generationen gelebt haben. Oft stehen sie unter hohem Druck und haben kaum Zeit, sich darauf vorzubereiten. Viele von ihnen haben in Städten wie Islamabad, Rawalpindi, Sialkot und Peshawar gelebt, in denen afghanische Gemeinschaften längst Teil des Stadtlebens sind.

Das Ausmaß der Krise wird mit Blick auf die Zahlen greifbar. Im Jahr 2025 wurden nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mehr als 150.000 afghanische Staatsangehörige in Pakistan verhaftet oder inhaftiert. Zwischen dem 25. und dem 31. Januar 2026 wurden mehr als 1500 Afghan*innen festgenommen, die meisten davon in der Provinz Belutschistan und auf dem Gebiet der Hauptstadt Islamabad.

Als Gründe führen Behörden immer wieder Sicherheitsbedenken an und verweisen auf grenzüberschreitende militärische Aktivitäten und Angriffe, die angeblich von afghanischem Boden ausgingen. Afghanische Behörden weisen die Vorwürfe zurück, doch die Zivilbevölkerung leidet weiterhin unter den schwerwiegenden Folgen. Die Möglichkeiten, sich rechtlich davor zu schützen, schwinden für die Betroffenen zusehends:

Foto: Aqsa Younas



Afghanische Geflüchtete verlassen Pakistan am Grenzübergang Torkham im November 2025.

Maßnahmen, die ursprünglich nur auf Migrant*innen ohne Papiere abzielen sollten, wurden inzwischen auch auf Inhaber*innen der afghanischen Bürgerkarte ausgeweitet.

Islamabad stellt die Abschiebungen als eine Frage des Rechts, der Sicherheit und der Souveränität dar. Vor Ort erleben die Menschen sie jedoch als Verlust und Vertreibung. Für Familien, die jahrzehntelang zur informellen Wirtschaft Pakistans beigetragen haben, erscheint die Unterscheidung zwischen dokumentierten und undokumentierten Personen realitätsfern.

Die Geschichte von Sumandar Khan zeigt, was Statistiken nicht erfassen können: die Angst vor einem nächtlichen Klopfen an der Tür, die Demütigung, Hab und Gut unter Wert verkaufen zu müssen, oder die stille Trauer darüber, die Gräber der Eltern zurückzulassen. Erfahrungen wie diese spielen sich fernab von Kameras und offiziellen Stellungnahmen ab, doch sie spiegeln die Krise deutlicher wider als jede Zahl.

Für Familien wie die Khans greift die Entscheidung, zu gehen, tief in ihre Identität ein und weckt existenzielle Zukunftsängste. Afghanistan ist ihnen zwar dem Namen nach vertraut, in Wirklichkeit jedoch fremd. Viele Rückkehrende besitzen dort weder Eigentum noch haben sie gute Aussichten auf Arbeit oder ein Netzwerk, das sie unterstützt. Sie kommen mit kaum mehr als Kleidung und Erinnerungen in Afghanistan an – in Regionen mit wenig offenen Stellen und kaum Hilfsangeboten.

Für Kinder ist die Situation besonders schwer. Ihr Schulbesuch wird unterbrochen, und sie müssen wichtige soziale Kontakte zurücklassen. Oft ist ihre Muttersprache Urdu, die Landessprache Pakistans. Viele sehen sich einer ungewissen Zukunft in Schulen gegenüber, deren Lehrplan, Sprache und Kultur ihnen fremd sind. Die Grenze nach Afghanistan zu überqueren, stellt für sie keine Rückkehr dar, sondern einen erzwungenen Abschied von allem, was sie bisher kannten. Für Mädchen und junge Frauen bedeutet die Flucht das vorzeitige Ende ihrer Schulzeit. In Afghanistan dürfen sie nur bis zur sechsten Klasse die Schule besuchen. Die menschenrechtliche Situation für Frauen in Afghanistan ist generell verheerend.

An Grenzübergängen wie Torkham und Spin Boldak wird sichtbar, welchen Preis diese Menschen zahlen müssen. Lange Warteschlangen bilden sich und ziehen sich über Stunden hin. Ältere Familienangehörige sitzen am Straßenrand. Mütter tragen ihre Säuglinge und mummeln sie ein, um sie vor der Kälte zu schützen. Jugendliche stehen schweigend da und halten kleine Taschen mit ihrem ganzen Hab und Gut in der Hand. Manche Familien wählen inoffizielle Routen durch Provinzen wie Helmand und Paktika, in denen Gewalt, Landminen und Ausbeutung drohen.

AFGHANISCHE GEMEINSCHAFTEN UNTER DRUCK

Humanitäre Organisationen warnen, dass Afghanistan auf das Ausmaß der Rückkehr kaum vorbereitet ist. Die Afghanische Rothalbmondgesellschaft meldete im November 2025 Rekordzahlen täglicher Ankünfte, was ihre Kapazitäten an Nahrung, Unterkunft und medizinischer Versorgung an die Grenzen gebracht habe. Zusammen mit Rückführungen aus Iran, das in den vergangenen Jahren ebenfalls Hunderttausende Afghan*innen abgeschoben hat, hat der Druck auf die Gemeinden vor Ort einen kritischen Punkt erreicht.

In ganz Afghanistan kämpfen Rückkehrende darum, sich in einem ohnehin angespannten Umfeld ein neues Leben aufzubauen. Der Mangel an Wohnraum, die eingeschränkte Gesundheitsversorgung und das fragile Bildungssystem machen es den Familien schwer. Viele fühlen sich gefangen zwischen zwei Ländern: im einen unerwünscht, im anderen fremd.

Die Vertreibung afghanischer Familien aus Pakistan ist kein temporäres Phänomen, sondern eine langfristige humanitäre Herausforderung. Die Balance zwischen Sicherheitsinteressen und humanitärer Verantwortung bleibt eine Bewährungsprobe nicht nur für Pakistan, sondern auch für die internationale Gemeinschaft. Die Unterstützung der Rückkehrenden sowie der Schutz der Rechte und der Würde von Kindern werden darüber entscheiden, wie dieses Kapitel in Erinnerung bleiben wird.

Für Sumandar Khan, Bakhto Khan und viele andere ist der Weg nach Afghanistan viel mehr als nur die Überquerung einer Landesgrenze. Es ist eine Reise mit Verlusten, Erinnerungen und einem erzwungenen Neuanfang. Ihre Heimat, geprägt von den bekannten Straßenzügen und der Nachbarschaft, wurde für sie zu einer Erinnerung, die sie mit sich tragen. Die Folgen dieses Verlusts werden ihr Leben noch lange prägen, wenn sie die Grenzlinie längst hinter sich gelassen haben.



AQSA YOUNAS

ist internationale Journalistin und Sozialaktivistin mit Sitz in Pakistan.

aqsayounas666@gmail.com

MENSCHENRECHTE

Hinter Gittern: Im Inneren von El Salvadors Gefängnissen

Donald Trump ist ein offener Bewunderer von El Salvadors modernen Hochsicherheitsgefängnissen. Doch in den meisten Gefängnissen des Landes sind die Zustände schrecklich, und die Todesfälle unter Insassen steigen.

VON JULIA GAVARRETE



Foto: picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Salvador Melendez

Ein Wärter steht vor einer Gefängniszelle im Hochsicherheitsgefängnis CECOT in Tecolotzco, El Salvador.

„Sie leisten Unglaubliches für Ihr Land“, sagte US-Präsident Donald Trump Mitte April 2025 zum salvadorianischen Staatschef Nayib Bukele, als er diesen im Oval Office empfing. „Wir schätzen die Zusammenarbeit mit Ihnen, weil Sie die Kriminalität bekämpfen wollen, genau wie wir.“

Seitdem hat die berühmt-berüchtigte Zusammenarbeit beider Länder weltweit Schlagzeilen gemacht: El Salvador stimmte zu, eine Gruppe von 200 Venezolaner*innen ohne Beweise in einem seiner Hochsicherheitsgefängnisse zu inhaftieren. Im Gegenzug erhielt es 6 Millionen Dollar von den USA.

Die Trump-Regierung wirft den Migrant*innen aus Venezuela vor, Mitglieder der kriminellen Gang „Tren de Aragua“ zu sein – dabei sind nur wenige von ihnen wegen eines Verbrechens verurteilt worden. Die Bilder des CECOT, El Salvadors sogenanntem „Zentrum zur Zwangsunterbringung von Terrorismus“, gingen daraufhin um die Welt. US-Homeland-Security-Secretary Kristi Noem ließ sich sogar persönlich vor Inhaftierten ablichten.

„Wir sind sehr gerne bereit zu helfen. Wir alle wissen, dass Sie ein Problem mit Kriminalität und Terrorismus haben, bei dem Sie Hilfe benötigen“, antwortete Bukele sofort, sichtlich geschmeichelt von Trumps Worten. Bukele wusste, dass er nicht nur im Fokus der Weltöffentlichkeit stand. Mit seinen Maßnahmen zur „Bekämpfung der Kriminalität“ konnte er auch Donald Trump als Verbündeten gewinnen.

DAS HOCHSICHERHEITSGEFÄNGNIS CECOT

Das CECOT war schon vor Trumps Amtszeit eines der wichtigsten Symbole der Sicherheitsstrategie Nayib Bukeles. Das moderne Mega-Gefängnis wurde in Rekordzeit gebaut und bietet Platz für 40.000 Menschen. Die Regierung verkaufte es international als Vorbild und weckte das Interesse von Politiker*innen anderer lateinamerikanischer Länder, die ebenfalls mit hoher Kriminalität zu kämpfen haben. Die Regierung zog sogar die Aufmerksamkeit einiger Influencer*innen auf sich und öffnete diesen großzügig die Türen zum CECOT. Sie filmten von hier, als handele es sich um Gefängnisbesichtigungen. Videos der kahlgeschorenen Gefangenen, alles vermeintliche Gangmitglieder, wurden Teil des Regierungsmarketings.

Dabei gibt das CECOT bei Weitem keinen realistischen Einblick, was wirklich in den Gefängnissen von El Salvador geschieht. Aufgrund der hohen Kriminalitätsrate rief die Regierung im März 2022 einen Ausnahmezustand aus, nach einem besonders gewalttätigen Wochenende, an dem mindestens 87 Menschen ermordet wurden. Seitdem wurden etwa 85.000 Menschen meist ohne Beweise

für die ihnen vorgeworfenen Straftaten inhaftiert. Das hat zwar zu einem Rückgang der Gewalt auf den Straßen geführt, es hat aber auch die Grundrechte der Bürger*innen eingeschränkt.

Nayib Bukele rühmt sich damit, dass El Salvador eines der „sichersten Länder der westlichen Hemisphäre“ geworden sei. Doch die Liste der Menschenrechtsverletzungen seiner Regierung ist lang. Sie hat nicht nur Folter in salvadorianischen Gefängnissen gebilligt, sie hat auch dazu beigetragen, dass Hunderte von Menschen verschwunden sind. Vermutlich wurden sie festgenommen – ohne Beweise für die ihnen vorgeworfenen Taten, ohne Gerichtsverfahren und ohne Kontakt zu ihren Angehörigen.

TODESFÄLLE IN GEFÄNGNISSEN

„Ich wüsste nicht, wie es ihm geht, wenn ich es nicht in den sozialen Netzwerken gesehen hätte“, erzählt mir eine Mutter. Ihr Sohn wurde nach der Einführung des Ausnahmezustands festgenommen, seitdem hatte sie nichts mehr gehört – bis sie eines Tages auf Facebook Bilder ihres Sohnes sah, der in einem Krankenhaus medizinisch versorgt wurde. Solche Geschichten sind in El Salvador heute keine Seltenheit mehr.

„Das CECOT war schon vor Trumps Amtszeit eines der wichtigsten Symbole der Sicherheitsstrategie Nayib Bukeles.“

Seitdem der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, wurden salvadorianische Gefängnisse auch als Folterzentren bezeichnet. Menschen, die hier auf ihren Prozess warten, können Opfer aller Arten von Grausamkeiten werden, wie Aussagen von ehemaligen Insassen belegen. Diese wurden von Menschenrechtsorganisationen und der Presse ausführlich dokumentiert: Gefangene, die gefoltert und erstickt werden. Menschen, die ihren Angehörigen tot übergeben werden, mit Spuren von Erhängen und Schlägen, ohne dass der Staat dafür Rechenschaft ablegt.

Cristosal, eine der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen El Salvadors, listete 2024 die Todesfälle in den Gefängnissen detailliert auf. Von 2022 bis Juli 2024 starben schätzungsweise 244 Männer und 17 Frauen in staatli-

chem Gewahrsam. Die Organisation konnte eigenen Angaben zufolge Hunderte von Zeugenaussagen sammeln und so auch den Tod von vier Kindern dokumentieren. Zwei von ihnen hatten mit ihren Müttern im Gefängnis gelebt, zwei Todesfälle waren Fehlgeburten.

Mittlerweile sind die Zahlen gestiegen: Mitte 2025 lag die Gesamtzahl der Todesfälle laut der Menschenrechtsorganisation Socorro Jurídico bereits bei über 430, im Januar 2026 zählte sie 470 Tote. 94 % davon waren der Organisation zufolge keine Gangmitglieder. Die meisten Todesfälle im ersten Jahr des Ausnahmezustands ereigneten sich laut Cristosal und Human Rights Watch in den Gefängnissen La Esperanza, bekannt als Mariona, und Izalco.

AUSSAGEN VON EHEMALIGEN INHAFTIERTEN

„Ich habe (meiner Familie) nur sehr wenig erzählt. Es ist schwer, darüber zu sprechen. Es gibt Dinge, die man nicht sagen kann. Manchmal kamen einige an und spuckten Blut, weil sie geschlagen worden waren. Andere, die krank waren, schrien: ‚Hier drin ist jemand krank.‘ Manchmal kam Hilfe. Wenn nicht, war es Gottes Wille“, erzählt mir eine Person, die zu Beginn des Ausnahmezustands verhaftet und nach Mariona gebracht worden war.

Die meisten Gefängnisse in El Salvador sind überbelegt und unhygienisch, berichtet der Koordinator der Bewegung der Opfer des Ausnahmezustands (MOVIR), Samuel Ramírez. Die Inhaftierten würden aufgrund „mangelnder Ernährung und medizinischer Versorgung“ sterben. MOVIR wurde in den ersten Monaten des Ausnahmezustands gegründet, als Hunderte Menschen ohne Haftbefehl verhaftet wurden und Folter in den Gefängnissen ausgesetzt waren. Die Organisation setzt sich seitdem für unschuldig verhaftete Menschen ein und erhielt dafür 2025 den Menschenrechtspreis des Washington Office on Latin America (WOLA).

„In den Gefängnissen entsteht eine humanitäre Krise“, so Ramírez. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: El Salvador hat die höchste Inhaftierungsrate der Welt. Laut Daten des Instituts für Menschenrechte an der Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (IDHUCA) hat der Ausnahmezustand die Überbelegung in El Salvadors Gefängnissen verschärft. Bereits vor der Ausrufung lag die Auslastung der Haftanstalten bei 119 %, inzwischen beträgt die Überbelegung mehr als 350 %. Nach Angaben des IDHUCA sind 2,6 % der erwachsenen Bevölkerung El Salvadors inhaftiert.

Auch heute, fast vier Jahre nach dem Beginn des Ausnahmezustands, „haben sie nichts unternommen, um Abhilfe zu schaffen, obwohl wir immer wieder auf die Verstöße

und die Todesfälle in den Gefängnissen hingewiesen haben“, kommentiert Ramírez. In einem Bericht von 2024 beschreibt die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Politik Bukeles als repressiv, willkürlich und gegen internationale Konventionen verstoßend. Ohne seine absolute Regierungsmacht wäre solch eine Politik nicht möglich.

EIN SICHERHEITSMODELL, DAS AUF ANGST BASIERT

Bei seinem Treffen mit Donald Trump im Oval Office hatte übrigens auch Bukele eine Forderung: Wie die Washington Post berichtet, wollte er die Rückführung von neun Anführern der MS-13-Gang erwirken, die sich in US-Haft befinden. Darunter auch Elmer Canales Rivera, alias „El Crook“, der in Mexiko festgenommen worden war und nun in den USA vor Gericht stand.

Vieles deutet darauf hin, dass Bukele damit verhindern wollte, dass Details über geheime Verhandlungen seiner Regierung mit den wichtigsten Gangs bekannt werden. In diesen geheimen Verhandlungen soll Bukele versucht haben, die Mordrate im Land zu reduzieren. Im Gegenzug bot die Regierung an, einige der Anführer freizulassen oder ihnen die Ausreise aus El Salvador zu ermöglichen.

Der vermutete Pakt zwischen der Regierung und den Gangs war zum Zeitpunkt der Gespräche im Weißen Haus aber bereits lange zerbrochen – sicherlich seit jenem Gewaltwochenende im März 2022 und der Ausrufung des Ausnahmezustands.

Bukeles Sicherheitsmodell sei ein „betrügerisches und heuchlerisches“ Modell, kommentiert Ramírez. Es basiere auf dem Leid und der Angst der Familien, die nichts über ihre inhaftierten Angehörigen wissen. „Wir bestehen darauf, dass diese Sicherheitsmodelle aufgedeckt werden müssen“, sagt Ramírez. Er will, dass die Welt weiß, dass die Umsetzung einer solchen Strategie eine Gefahr für die Gesellschaft eines jeden Landes darstellt.



JULIA GAVARRETE

ist eine Investigativjournalistin aus El Salvador.

Bluesky/X: @PetizaGavarrete

LATEINAMERIKA

Wer beugt sich Trumps Druck?

Donald Trump hat Lateinamerika zu seiner Einflusszone erklärt – und mit der Entführung von Nicolás Maduro gezeigt, dass er es ernst meint. Aber die Zeiten haben sich geändert, und die Regierungen Lateinamerikas können auch andere Partnerschaften eingehen. Trumps Druck begegnen sie mit pragmatischen Formen des Widerstands und der Zusammenarbeit.

 VON ANDRÉ DE MELLO E SOUZA


Photo: picture alliance/ZUMAPRESS.com/Cris Faga

Bild von Donald Trump auf einer mit Postern beklebten Wand in São Paulo, 2019.

Fakt ist: Brasilien hat den USA keine größeren Zugeständnisse gemacht.

Das Jahr 2026 begann mit einem drastischen Ereignis: Das US-Militär entführte Venezuelas Nicolás Maduro. Diese Tat weckte Erinnerungen an das vergangene Jahrhundert, in dem die USA immer wieder in Lateinamerika intervenierten, was die betroffenen Länder langfristig beeinträchtigte.

Dabei war die Entführung in Venezuela nicht die erste Offensive gegen lateinamerikanische Länder seit Donald Trumps Amtsantritt. Der US-Präsident hat die Zölle für mehrere Länder drastisch erhöht, besonders dort, wo er die Regierungen nicht als Verbündete sieht. Allerdings wurden diese Maßnahmen oft spontan wieder zurückgenommen oder geändert, vor allem wenn sie zu steigenden Preisen und Produktionskosten in den USA führten. Zugleich hat Trump gleichgesinnten Regierungen finanzielle Unterstützung angeboten, allen voran der Regierung von Javier Milei in Argentinien. Die weitgehende Kürzung der Entwicklungsgelder hat die Region, vor allem die ärmsten Länder, hart getroffen.

Trumps Politik ist uneinheitlich und unvorhersehbar, insofern ist es kein Wunder, dass die Regierungen in Lateinamerika sehr unterschiedlich damit umgehen. Insgesamt gehen die meisten jedoch pragmatisch vor. Sie erkennen die enorme wirtschaftliche und militärische Asymmetrie zwischen den USA und Lateinamerika an. Viele haben – im Gegenzug zu Zollvergünstigungen – den Zugang zu natürlichen Ressourcen oder strengere Maßnahmen gegen organisiertes Verbrechen und Migration angeboten. Sie haben aber auch Verbündete unter US-Unternehmen und Interessengruppen gesucht. Amazon, Coca-Cola, General Motors, Caterpillar, MedTech und die amerikanische Handelskammer für Brasilien etwa unterstützten die brasilianische Regierung dabei, die von Trump verhängten Zölle rückgängig zu machen.

MEXIKO: ZWISCHEN ZUSAMMENARBEIT UND SOUVERÄNITÄT

Ein häufiges Ziel von Trumps Forderungen war Mexiko. Seine Forderungen reichen von Handelserleichterungen über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität bis hin zur Bereitstellung von Wasser in Dürrezeiten. Washington hat sogar mit einem militärischen Angriff gedroht, um den sogenannten „Narco-Terrorismus“ – die Drogenkriminalität – in Grenznähe zu bekämpfen.

Wegen seiner geografischen Nähe und wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA kann Mexiko diese Drohungen nicht einfach abtun oder Vergeltung ankündigen. Zugleich kann es sich Präsidentin Claudia Sheinbaum nicht leisten, Schwäche zu zeigen. Alle großen politischen Parteien in Mexiko vertreten aus naheliegenden historischen Grün-

den eine recht nationalistische Haltung gegenüber den USA. Sheinbaum verfolgt daher eine Doppelstrategie: Sie bietet Zusammenarbeit an und bekräftigt zugleich Mexikos Souveränität. So hat ihre Regierung Geheimdienstinformationen weitergegeben und mehr als 50 Anführer*innen organisierter krimineller Gruppen an die USA ausgeliefert. Zugleich hat sie wiederholt erklärt, eine „Invasion“ der USA zur Bekämpfung mexikanischer Kartelle niemals zu tolerieren. Die Neuverhandlung des US-Mexiko-Kanada-Abkommens (USMCA), auf die Trump drängt, dürfte ihre nächste große Herausforderung sein.

„Trumps Politik ist uneinheitlich und unvorhersehbar – insofern ist es kein Wunder, dass die Regierungen in Lateinamerika sehr unterschiedlich damit umgehen.“

BRASIL: ENTSCLOSSENHEIT GEGENÜBER DEN USA

Brasilien ist sehr viel unabhängiger von der US-Wirtschaft und konnte Trumps Zölle weitgehend rückgängig machen. Die Regierung hat einen offenen Gesprächskanal mit Washington zu Themen wie Drogenhandel, Geldwäsche und der Venezuela-Politik aufgebaut. Brasilien hat Trump keine größeren Zugeständnisse gemacht, da seine große und diversifizierte Wirtschaft den US-Zöllen standhalten kann, auch wenn sie ohne Frage schmerzhaft sind.

Trumps wichtigste politische Forderung war, dass Ex-Präsident Jair Bolsonaro nicht wegen des Putschversuchs nach seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2022 strafrechtlich verfolgt und inhaftiert würde. Doch die brasilianische Justiz ist unabhängig von der Exekutive und hat sich den Drohungen der USA nicht gebeugt. Brasilien reguliert auch digitale Plattformen – trotz Trumps Bemühungen, die großen US-Technologieunternehmen zu schützen.

Tatsächlich haben Trumps Drohungen den brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva sogar noch gestärkt. Er hat von einem „Rally-around-the-flag“-Effekt profitiert

„Die USA und Argentinien haben ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen unterzeichnet, das über die Abkommen der USA mit anderen lateinamerikanischen Ländern hinausgeht.“

und viel von seiner verlorenen Popularität zurückgewonnen. Die Zölle wurden zwar temporär erhöht, und die Gespräche gerieten ins Stocken, aber Lulas Entschlossenheit zahlte sich aus. Schließlich hat Trump begriffen, dass Bolsonaro, einmal inhaftiert, nicht mehr ins Amt zurückkehren kann – und dass die USA höhere Preise für Fleisch und Kaffee und einen eingeschränkten Zugang zu Brasiliens Seltenen Erden riskierten.

VENEZUELA: UMGANG MIT EINEM REALEN PHYSISCHEN ANGRIFF

Die Trump-Regierung hat Nicolás Maduro nie als legitimen Führer Venezuelas anerkannt. Im Laufe des Jahres 2025 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern zusehends, nachdem Washington große Flugzeugträger in die Karibik verlegte, mehrere Schiffe angriff, die angeblich vor der venezolanischen Küste und im Ostpazifik Drogenhandel betrieben, und Öltanker in der Region beschlagnahmte. Nachdem Maduro vom US-Militär entführt worden war, übernahm Vizepräsidentin Delcy Rodríguez die Regierungsgeschäfte.

Seit Kurzem exportiert Venezuela Öl in die USA, eine von Trumps Hauptforderungen. Doch Rodríguez ruft dazu auf, Venezuelas nationale Souveränität zu achten. Ihre Versuche, Trump zu beschwichtigen, deuten an, dass die anti-amerikanische und antiimperialistische Ideologie des venezolanischen Regimes ihre Grenzen hat und politischem Pragmatismus weicht. In der Zwischenzeit versuchte Oppositionsführerin María Corina Machado vergeblich, Trump als Unterstützer zu gewinnen, und bot ihm sogar ihren Friedensnobelpreis an.

Das alles hat Folgen für die ganze Region. Die venezolanischen Ölexporte brechen ein, was besonders Kuba beeinträchtigt. Angesichts schwindender Ölvorräte warnen die UN vor einem möglichen humanitären „Zusammenbruch“ in einem Land, das schon zuvor Probleme hatte, sein Stromnetz zu versorgen. Außenminister Marco Rubio, selbst kubanischer Herkunft, hatte Kuba wiederholt ins Visier genommen und auf eine Liste der Länder gesetzt, die bei der Terrorismusbekämpfung nicht kooperieren. Diese Rhetorik verschärfte sich 2026.

KOLUMBIEN: KEIN RÜCKZIEHER TROTZ SCHWERER DROHUNGEN

Obwohl Kolumbien seit vielen Jahren mit den USA verbündet ist, wurde auch dieses Land Ziel militärischer Drohungen von Trump. Seine Regierung hat kürzlich das kolumbianische Kartell „Gulf Clan“, das als größter Kokainproduzent des Landes gilt, als Terrororganisation eingestuft. Im September entzogen die USA Kolumbien die Zertifizierung als Verbündetem im Kampf gegen Drogen. Durch diese Entscheidung – einer seit 1986 durchgeführten jährlichen Bewertung – gehen dem Land rund 380 Millionen Dollar an jährlichen Hilfen verloren.

Trotz dieser Vergeltungsmaßnahmen blieb der kolumbianische Präsident Gustavo Petro einer der lautesten Gegner von Trumps Politik in Südamerika. Er kritisierte die USA auch für ihre Unterstützung Israels. Nach monatelangen gegenseitigen Beleidigungen führte ein Treffen im Weißen Haus im Februar jedoch dazu, dass beide Staatsschefs einen freundlicheren Ton anschlugen. Sie kündigten an, zusammenarbeiten zu wollen, besonders bei Exportrouten für venezolanisches Gas, der Bekämpfung des Drogenhandels und der Beilegung von Handelsstreitigkeiten zwischen Kolumbien und Ecuador.

„Trotz des starken Drucks sind die Länder Südamerikas nicht mehr so abhängig von den USA wie früher. China bietet eine Alternative.“

Petro ist ein weitgehend unbeliebter Politiker geblieben, Umfragen vom Dezember ergaben eine Zustimmung von nur 35 %. Per Gesetz darf er sich nicht zur Wiederwahl stellen. Der von ihm unterstützte linke Kandidat, Senator Iván Cepeda, versucht, aus der nationalistischen und anti-ameri-

kanischen Stimmung in Kolumbien Kapital zu schlagen. Wie bei den Parlamentswahlen 2025 in Honduras, Chile, Bolivien und Argentinien wird erwartet, dass Trump auch in Kolumbien eine Präsidentschaftskandidatur unterstützen wird. Der rechtsextreme Kandidat Abelardo de la Espriella erklärte nach Maduros Sturz, er halte die Entführung für „brillant“, andere Oppositionspolitiker*innen reagierten zurückhaltender. Drei im November veröffentlichte Umfragen zeigen, dass Cepeda mit 24 % bis 31 % der Stimmen in Führung liegt und voraussichtlich in die zweite Runde kommt. Espriella folgt ihm mit 14 % bis 18 % der Stimmen.

ARGENTINIEN UND TRUMPS VERBÜNDETE IN SÜDAMERIKA

Trump bevorzugt Länder mit Regierungen, die ihm gleichgesinnt sind. Sie bekommen Wahlkampf- und Finanzhilfen und erhalten Angebote für Wirtschaftsabkommen. Der argentinischen Regierung etwa hat Washington Kredite über 40 Milliarden Dollar gewährt, als im Vorfeld der Zwischenwahlen zum Kongress die öffentliche Unterstützung für Präsident Javier Milei zurückging. Das Land sah sich mit schwindenden Dollarreserven und einer rapiden Abwertung der Landeswährung konfrontiert. Trump drohte, die wirtschaftliche Unterstützung einzustellen, sollte die Opposition gewinnen.

Nach Mileis überraschendem Sieg unterzeichneten beide Länder ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen, das weit über das hinausgeht, was die USA mit anderen lateinamerikanischen Ländern vereinbart haben. Es öffnet den argentinischen Markt für US-Unternehmen, soll US-Standards und Patentrecht nach Argentinien bringen und erleichtert einen groß angelegten Datentransfer. Das Abkommen gewährt den USA zudem privilegierten Zugang zu Argentinien's Seltenen Erden und anderen wichtigen Mineralien.

Trump hat ähnliche Abkommen mit Ecuador, Guatemala und El Salvador angekündigt. Bolivien und Chile könnten nach den jüngsten politischen Veränderungen seine nächsten Partnerländer werden.

PARTNERSCHAFT MIT CHINA ALS ALTERNATIVE

Trotz des starken Drucks sind die Länder Südamerikas heute jedoch weniger abhängig von den USA als früher. China bietet eine Alternative. Seit mehr als zwei Jahrzehnten macht Peking weitgehend ohne politische Bedingungen Investitionen und vergibt Kredite – im Austausch für den Zugang zu Ressourcen. Für die meisten Länder der Region ist die Handelspartnerschaft mit China heute die größte, und das Land stellt eine wichtige Investitionsquelle dar.

Kurz nachdem die USA im Dezember 2025 ihre Nationale Sicherheitsstrategie veröffentlicht hatten, legte China sein

eigenes umfassendes „Dokument zur China-Politik für Lateinamerika und die Karibik“ vor. Der Zeitpunkt war kein Zufall. Für Trump wird es schwierig werden, den chinesischen Einfluss allein mit militärischen Drohungen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zu kontern.

DIE EINFLUSSMÖGLICHKEITEN DER USA SINKEN

Schon früher haben US-Präsidenten mit Maßnahmen Druck ausgeübt, wenn nationale Interessen auf dem Spiel standen. Zudem nutzten sie aber auch Verhandlungs- und Überzeugungsstrategien und kombinierten Druck mit Anreizen wie Krediten, Investitionen, Marktzugang und Entwicklungshilfe. Trump hat diese Strategie weitgehend aufgegeben. Seine Regierung kürzt Hilfsleistungen, führt Zollkriege und droht mit Militärmaßnahmen, um gegen komplexe Herausforderungen wie Migration und organisierte Kriminalität vorzugehen.

In einer Region, die zwischen links- und rechtsgerichteten Regierungen gespalten ist, birgt das die Gefahr, die politische Instabilität zu verschärfen und das Wirtschaftswachstum zu bremsen. Zudem erweist sich der Ansatz als kontraproduktiv. Im vergangenen Jahr hat Trumps politische Einmischung Politiker*innen wie Lula und Sheinbaum gestärkt, die standhaft blieben. Sie verurteilten Washingtons Vorgehen als imperialistisch und als Verletzung der nationalen Souveränität.



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA

ist Wirtschaftswissenschaftler bei Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einer staatlichen Denkfabrik in Brasilien.

andre.demelloesouza@alumni.stanford.edu

GEOPOLITIK

Lateinamerika soll wieder zum US-Hinterhof werden

Oft heißt es, dass Donald Trump nicht mit seinen Vorhaben hinterm Berg hält. Wie er sich die Beziehungen zu Lateinamerika vorstellt, hat er im Dezember 2025 klar geäußert. Doch seine Beweggründe sind dann doch oft andere, als er vorgibt.

VON ANDRÉ DE MELLO E SOUZA

Ehrlicherweise kam der Angriff der USA auf Venezuela – oder, genauer gesagt, die illegale Entführung von Nicolás Maduro – nicht ohne Vorwarnung. Am 2. Dezember 2025 hatte Trump in einer Präsidentialerklärung verkündet: „Die Monroe-Doktrin ist dank meines Trump-Korollars neu belebt und wohlauf – und die Führungsrolle Amerikas kehrt zurück, stärker denn je zuvor.“ Damit machte er mehr als klar, dass er Lateinamerika in den Einflussbereich der USA zurückholen will.

Die Monroe-Doktrin geht auf das Jahr 1823 zurück, als US-Präsident James Monroe die westliche Hemisphäre als Einflussbereich der USA beanspruchte und sich damit gegen die kolonialen Zugriffe Europas stellte. 1904 erweiterte Präsident Theodore Roosevelt diese Idee um den „Roosevelt-Zusatz“. Er erklärte die USA zum Garanten für Ordnung und Stabilität in der Region. Diese Behauptung diente als Rechtfertigung für die USA, Mittelamerika und die Karibik wiederholt anzugreifen und zu besetzen. Es waren die Zeiten, in denen die lateinamerikanischen Länder auch als Hinterhof der USA bezeichnet wurden.

Heute räumt das Trump-Korollar den Beziehungen zu Lateinamerika nach, wie er sagt, „Jahren der Vernachlässigung“, einen hohen Stellenwert in Washingtons Außenpolitik ein. Praktisch ist es jedoch eher ein unklarer und inkonsistenter Ansatz als eine kohärente Strategie, der Hegemonie mit Dominanz verwechselt und Probleme militarisiert, die nicht militärischer Natur sind, wie Migration und organisierte Kriminalität. Trumps Militärangriff auf Venezuela ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht.

Gleiches gilt für Washingtons neue Nationale Sicherheitsstrategie (NSS), die am 5. Dezember 2025 bekannt gegeben wurde. Sie konzentriert sich bei Lateinamerika auf irreguläre Migration und Drogenhandel. Allerdings ignoriert das Dokument die schwere Krise in Haiti weitgehend. Das

ist irritierend, hat sie doch weitreichende Folgen für Migration und regionale Stabilität. Auch die Beziehungen zu Brasilien und Mexiko, den größten Volkswirtschaften der Region, werden in der NSS nicht thematisiert.

Migration und Drogenhandel scheinen also doch nicht die einzigen Motive für Trumps Politik zu sein. Es stimmt wohl, dass Drogenhandel und Handelsdefizite zur Rechtfertigung für Zollerhöhungen in Ländern wie Mexiko herangezogen wurden. Aber die gegen Brasilien verhängten Zölle von 50 % waren eindeutig politisch motiviert. Sie hatten die Absicht, Trumps Verbündeten Jair Bolsonaro zu unterstützen. Umgekehrt hat Trump gleichgesinnten Regierungen angeboten, sie finanziell zu unterstützen – nicht zuletzt Javier Mileis Regierung in Argentinien.



Gleichgesinnte werden von Donald Trump unterstützt: Argentiniens Präsident Javier Milei mit dem US-Präsidenten am Weißen Haus im Oktober 2025.

LIEFERKETTEN

Kakao nachverfolgen – vom Baum bis in den Handel

*Ghana hat ein digitales System getestet, das darauf abzielt, die Lieferketten für Kakao transparenter zu machen und dem Sektor zu helfen, die Nachhaltigkeitsanforderungen der EU zu erfüllen. Auch die Landwirt*innen hoffen, davon zu profitieren.*

VON NASTARAN ZARNEGARI UND FRANCIS DADZIE MINTAH



Foto: picture alliance/dpa/Christina Peters

Kakaoernte in Ghana: Für die Menschen, die den Kakao anbauen, wirft der Milliardenmarkt oft nicht viel ab.

Wer in Europa einen Schokoriegel in die Hand nimmt, kennt selten die Geschichte hinter dem Kakao, der darin steckt. Dabei steht der Kakao-sektor im Mittelpunkt dringender globaler Debatten über Nachhaltigkeit, Fairness und Transparenz. Dies gilt besonders für Westafrika, wo etwa zwei Drittel des weltweiten Kakaos angebaut werden. Probleme wie Entwaldung, Kinderarbeit und der Kampf der Kleinbäuerinnen und -bauern um ein existenzsicherndes Einkommen plagen die Branche seit Langem.

Es wird immer mehr dafür getan, diese Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Im Jahr 2023 verabschiedete die Europäische Union die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR), die im Januar 2027 vollständig in Kraft treten soll. Die Verordnung verpflichtet Unternehmen, nachzuweisen, dass wichtige Rohstoffe – unter anderem Kakao – nicht mit Entwaldung in Verbindung stehen und dass Menschenrechtsstandards eingehalten werden. Dies setzt die produzierenden Länder – besonders Ghana und Côte d'Ivoire – unter Druck, ihre Kakao-Lieferketten transparenter zu gestalten.

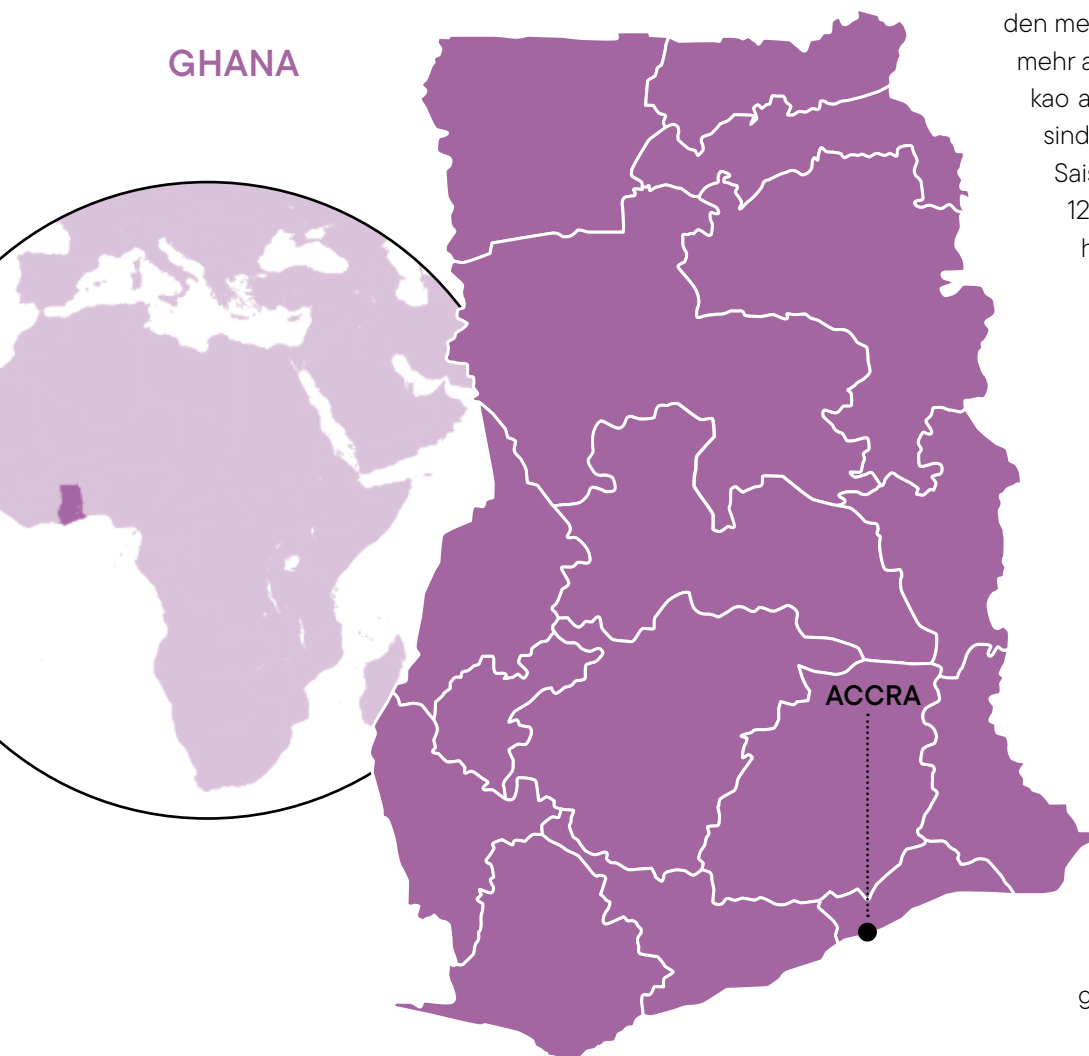
DIGITALER DURCHBRUCH

Darauf hat Ghana reagiert, indem es eine digitale Lösung eingeführt hat, die ein Wendepunkt für die Kakaoindustrie

werden könnte. Das Ghana Cocoa Traceability System (GCTS) wurde vom Ghana Cocoa Board (COCOBOD) entwickelt und mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH getestet. Es soll jeden Sack Kakaobohnen nachverfolgen können, von dem Feld, auf dem die Bohnen geerntet wurden, bis zu dem Hafen, von dem aus der Kakao das Land verlässt.

Dieses Projekt ist Teil der EU-Initiative für nachhaltigen Kakao. Das 2020 ins Leben gerufene Programm fördert eine fairere und umweltfreundlichere Kakaoproduktion. Finanziert wird es von der Europäischen Union und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). COCOBOD leitet die Umsetzung in Ghana.

Das GCTS sammelt und verknüpft detaillierte Daten zu Kakaofarmen, Landwirt*innen, Produktionsmengen und Transportwegen. Mithilfe digitaler Tools wie GPS-Kartierung, Barcode-Kennzeichnung und mobiler Datenerfassung ermöglicht das System die Dokumentation und den Nachweis, dass Kakao gemäß den Anforderungen der EUDR produziert wurde. Dies hilft Exportfirmen und Regulierungsbehörden, die Einhaltung der EU-Vorschriften zu belegen.



In der Pilotphase im Bezirk Assin Fosu wurden mehr als 40.000 Farmen kartiert und mehr als 20.000 Landwirt*innen, die Kakao anbauen, registriert – 40 % davon sind Frauen. Während der mageren Saison 2023/2024 wurden mehr als 1230 Säcke (etwa 77 Tonnen) nachhaltig angebauten Kakaos verkauft und über das System verschifft.

„Das System hat bereits bewiesen, dass eine vollständige Rückverfolgbarkeit möglich ist“, sagt Faruk Nyame, technischer Leiter des GCTS-Implementierungsausschusses bei COCOBOD. „Jeder Sack Kakao kann mit einer Farm, einem Bauern und einer bestimmten Parzelle in Verbindung gebracht werden. Das ist nicht nur entscheidend dafür, dass die Vorschriften eingehalten werden, sondern auch dafür, Verantwortlichkeiten entlang der gesamten Lieferkette zu schaffen.“

LANDWIRT*INNEN PROFITIEREN

Zu den transformativsten Aspekten des GCTS zählt, wie es sich auf das Leben der Kakaobäuerinnen und -bauern auswirkt. Sie hatten bisher nur wenig Einblick in die Bewertung und den Verkauf ihres Kakaos und waren dadurch oft un-fairer Preisgestaltung und dem Zwischenhandel ausgeliefert. Durch das GCTS werden Landwirt*innen mit eindeutigen digitalen IDs registriert und können direkter mit Einkaufs- und Unterstützungssystemen verbunden werden. Dies schafft Transparenz in der Kakao-Lieferkette und eröffnet Möglichkeiten für eine gerechtere Verteilung von Zahlungen und Inputs wie Dünger und Kakaosetzlinge, aber auch für den Zugang zu Rentensystemen und landwirtschaftlichen Beratungsdiensten.

„Das ist nicht nur eine technische Verbesserung“, erklärt Nana Kwasi Ofori, der die Landwirt*innen in Ghanas Zentralregion vertritt. „Es geht darum, Bäuerinnen und Bauern als Schlüsselfiguren in einer globalen Kette anzuerkennen und nicht nur als Zulieferer am Rande.“

Das GCTS kommt in einem kritischen Moment. Die europäischen Märkte bereiten sich darauf vor, strengere Importstandards gemäß der EUDR durchzusetzen. Somit spielen Systeme wie dieses eine zentrale Rolle dabei, Unternehmen die erforderlichen Sorgfaltspflichterklärungen für den EU-Markt zu ermöglichen. Angehörige der schweizerischen und niederländischen Botschaften, die kürzlich die Pilotstandorte besuchten, betonten, Unternehmen in ihren Ländern seien auf eine solche Rückverfolgbarkeit angewiesen, um ihre Ziele im Hinblick auf nachhaltige Beschaffung zu erreichen.

„Rückverfolgbarkeit ist nicht mehr nur ein nettes Extra, sondern ein absolutes Muss“, sagt Celine Prud'homme Madsen, Programmmanagerin für nachhaltige Landwirtschaft und Kakao bei der EU-Delegation in Ghana. „Ghana zeigt, dass es eine Vorreiterrolle bei der nachhaltigen Beschaffung einnehmen kann – und das sind gute Nachrichten sowohl für Bäuerinnen und Bauern als auch für Konsument*innen.“

VORBEREITUNG AUF LANDESWEITE EINFÜHRUNG

Das Pilotprojekt gilt als erfolgreich, und die nächsten Schritte sind bereits angelaufen. In Planungsworkshops in Kumasi wurden die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt ausgewertet und die landesweite Umsetzung vorbereitet. Es gibt einen „Probelauf“ mit acht lizenzierten Einkaufsunternehmen, die zusammen 60 % der inländischen Kakaokäufe tätigen. Eine letzte Runde der Datenerfassung sorgte dafür, dass auch alle weiteren Bäuerinnen und Bauern registriert sind, bevor die vollständige Einführung in der Kakaosaison 2025/2026 beginnt.

Die vollständige Einführung stieß allerdings auf technische Schwierigkeiten, wie fehlende Internetzugänge in einigen

Gemeinden und mangelnde technische Fachkenntnisse bei einigen Käufer*innen. Daher unterstützte die GIZ das COCOBOD dabei, lizenzierten Einkaufsunternehmen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu helfen.

Claudia Maier, Länderkoordinatorin für die Sustainable Cocoa Initiative bei GIZ Ghana, betont die Bedeutung von Interoperabilität. „Das Rückverfolgbarkeitssystem muss nahtlos mit Zahlungssystemen und Logistikketten zusammengehen. Dafür braucht es eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Privatsektor“, sagt sie.

Ghanas Finanzminister Cassiel Ato Forson betont, dass das GCTS „sicherstellen wird, dass Ghana die Sorgfaltspflichten der EU-Entwaldungsverordnung vollständig erfüllt“. Er sagt, das System versetze Ghana in eine bessere Position, um Kakao zu liefern, der rückverfolgbar, frei von Entwaldung und Kinderarbeit sowie konform mit den EU-Vorschriften sei.

Das Ghana Cocoa Traceability System ist ein Modell, das die Zukunft des globalen Kakaohandels prägen könnte. Es zeigt, wie digitale Tools – kombiniert mit politischem Druck und ausgerichtet auf die Kakaobäuerinnen und -bauern – sinnvolle Veränderungen herbeiführen können. Für wichtige Stakeholder der Branche wie Schokoladenproduzenten, Markenunternehmen, Regulierungsbehörden und NGOs ermöglicht das System zuverlässig, Angaben zur Nachhaltigkeit zu überprüfen. Regierungen hilft es, Umweltfolgen besser zu überwachen. Und für die Menschen, die Kakao anbauen und allzu oft übersehen werden, könnte es der Beginn einer transparenteren und selbstbewussteren Teilnahme am milliardenschweren globalen Markt sein.

LINK

Ghana Cocoa Board: cocobod.gh



NASTARAN ZARNEGARI

arbeitet für die GIZ in Deutschland im Bereich Kommunikation mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik. Sie koordiniert die strategische und politische Kommunikation der Sustainable Agricultural Supply Chains Initiative (SASI).

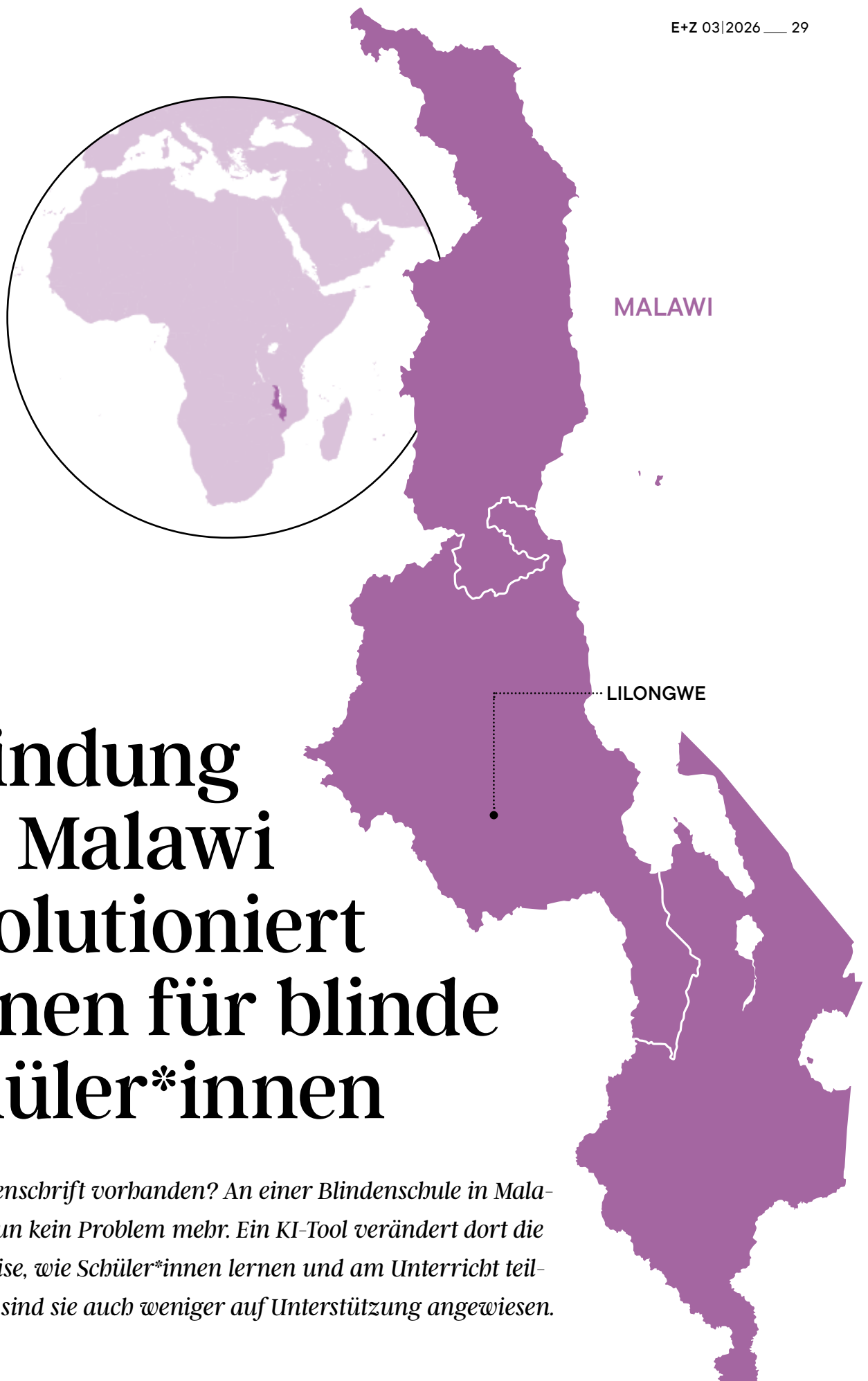
nastaran.zarnegari@giz.de



FRANCIS DADZIE MINTAH

ist Berater für Monitoring, Evaluierung und Kommunikation beim GIZ – Sustainable Cocoa Programme in Ghana. Er hat in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt und Bergbau gearbeitet und ist auf Nachhaltigkeit, Datenanalyse und Projektmanagement spezialisiert.

francis.mintah@giz.de



INKLUSION

Erfindung aus Malawi revolutioniert Lernen für blinde Schüler*innen

*Keine Blindenschrift vorhanden? An einer Blindenschule in Malawi ist das nun kein Problem mehr. Ein KI-Tool verändert dort die Art und Weise, wie Schüler*innen lernen und am Unterricht teilnehmen. So sind sie auch weniger auf Unterstützung angewiesen.*

Bis 2024 war Yankho Maganga auf Bücher in Blindenschrift und die kontinuierliche Hilfe von Lehrkräften angewiesen, um im Unterricht mithalten zu können. Der Schulalltag, sagt die 14-jährige sehbehinderte Schülerin an der Chilanga-Blindenschule im Bezirk Kasungu in Zentralmalawi, sei über Jahre hinweg ein harter Kampf gewesen. „Ich hatte große Schwierigkeiten“, sagt sie. „Manchmal konnte ich meine Aufgaben nicht rechtzeitig erledigen. Meine Noten waren sehr schlecht.“

Das hat sich allerdings mittlerweile geändert. „Meine Noten haben sich verbessert. Jetzt gehöre ich zu den Besten“, sagt Yankho Maganga und zeigt auf einen schwarzen Computer auf einem kleinen Holztisch. In gewisser Weise ist er der Grund für ihre Verbesserung.

Ihr Lehrer John Makombe erklärt, dass auf dem Computer ein KI-gestütztes Lernsystem namens Blind Classroom läuft, erfunden vom jungen malawischen Entwickler Staff Nyoni. Makombe ist zugleich Ausbilder für das Blind-Classroom-Projekt an der Schule. Das System, sagt er, verändere grundlegend, wie sehbehinderte Schüler*innen Zugang zu Bildung erhalten, indem es schriftliche Inhalte in interaktive Audiolektionen umwandelt.

„Anstelle von Tablets navigieren die Lernenden über eine vereinfachte Oberfläche mit drei Tasten und Sprachbefehlen durch das System“, sagt Makombe. „Das Gerät spricht mit ihnen, liest Lektionen vor, stellt Fragen und ermöglicht es ihnen, mit ihrer eigenen Stimme zu antworten.“ Yankho Maganga bestätigt das: „Ich kann eine Lektion so oft wiederholen, bis ich sie verstehe“, sagt sie. „Ich muss nicht mehr warten, bis eine Lehrkraft oder jemand anderes mir beim Lesen hilft.“

Entwickler Staff Nyoni sagt, er habe als Kind mitbekommen, wie schwer sich sein sehbehinderter Vater mit dem Lesen tat. Er erinnert sich auch an ein sehbehindertes Mädchen in seinem Ort, das die Schule abbrechen musste, weil es die Leseanforderungen nicht erfüllen konnte. Diese Erfahrungen hätten ihn zu der Idee inspiriert.

In Malawi leben mehr als 800.000 Menschen mit Sehbehinderungen, doch nur etwa 50.000 von ihnen besuchen derzeit eine Schule. Viele brechen frühzeitig ab, weil es an zugänglichen und benutzerfreundlichen Lernmitteln fehlt.

„Später im Informatikstudium habe ich dann die Möglichkeit gesehen, etwas zu entwickeln, das die Probleme in meinem Umfeld lösen könnte“, sagt Nyoni. „Die Chance kam 2022, als Save the Children dazu aufrief, Ideen einzureichen. Gemeinsam mit Partnern organisierten sie einen Hackathon, bei dem wir die Ideen dann präsentierten. Ich

wurde für ein zweijähriges Inkubationsprogramm bei Next-Gen Labs ausgewählt, um das System weiterzuentwickeln und zu verbessern.“

Save the Children unterstützte die Pilotphase der Innovation, die derzeit an der Chilanga-Blindenschule und auch am St. Joseph Resource Centre im Distrikt Dedza in Zentralmalawi eingesetzt wird. Bright Chidzumeni, Innovationsmanager bei Save the Children Malawi, sagt, die Organisation unterstütze das Projekt, weil es zu ihren zentralen Themenschwerpunkten passe. „Die Erfindung steht in direktem Zusammenhang mit unserer Arbeit im Bildungsbereich“, sagt Chidzumeni. „Blind Classroom greift zentrale Herausforderungen auf, mit denen Lernende mit Sehbehinderung konfrontiert sind. Deshalb haben wir entschieden, das Projekt zu unterstützen.“

Wie Chidzumeni erklärt, weitet die Organisation das Projekt auf weitere Schulen aus. „Derzeit führen wir die Innovation an 14 Blindenschulen ein“, sagt er. „Wir haben Mittel bereitgestellt, um Computer und weitere Geräte für den Betrieb von Blind Classroom anzuschaffen. Insgesamt haben wir rund 18.000 Euro für das Projekt eingeplant.“

Trotz der Erfolge weist Lehrer John Makombe auf eine Herausforderung hin, die nach wie vor bestehe. „Noch sind nicht alle Schulfächer im System integriert“, sagt er. „Einige wichtige Inhalte fehlen noch. Wir hoffen, dass künftig jedes Fach verfügbar sein wird, damit die Lernenden in vollem Umfang davon profitieren können.“ Entwickler Staff Nyoni sagt, dies sei eine der Lücken, die derzeit geschlossen würden.

LINK

Blind Classroom: blindclassroom.com



LAMECK MASINA

ist freiberuflicher Journalist und lebt in Blantyre, Malawi.

lameckm71@gmail.com



Was wird aus der humanitären Hilfe?

Bild von
Muthoni Nderitu (siehe S. 4).

So wenig Geld für so viel Leid ist ein Skandal

Nur rund ein Viertel der weltweit geplanten Hilfsvorhaben war zuletzt finanziert. Was das bedeutet, zeigt sich etwa an der Grenze zwischen Tschad und Sudan: Die Weltgemeinschaft verstößt gegen ihre eigenen humanitären Prinzipien.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Tag für Tag erreichen Menschen die Hütte aus Strohmatte und Zeltplanen, die das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR in den Sand der tschadischen Grenzstadt Adré gezeitert hat. Sie alle fliehen vor dem brutalen Krieg in Sudan. Fast 1000 Geflüchtete ließen sich hier jeden Monat registrieren, dann schloss die tschadische Regierung die Grenze Ende Februar „bis auf Weiteres“.

Im Januar war ich in Tschad in jener Grenzregion unterwegs. In Begleitung des International Rescue Committees (IRC), einer der größten Nothilfeorganisationen der Welt, habe ich Geflüchtetenlager, Gesundheitszentren und Aufnahmezentren besucht. Eine ausführliche Berichterstattung dazu findet sich im Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Die Menschen kommen oft mit nichts außer den Kleidern am Leib und schwer traumatisiert über die Grenze. Ihre Verzweiflung ist kaum auszuhalten, wenn sie darüber berichten, wie ihre Kinder durch Bomben starben, Frauen auf der Flucht vergewaltigt wurden. Auf tschadischem Boden hängt ihr Leben nun von Hilfsorganisationen wie UNHCR und IRC ab. Tschad selbst ist bitterarm und kann die vielen Geflüchteten seit Ausbruch des Krieges 2023 nicht versorgen.

Das Problem: Die Hilfsorganisationen können es bald auch nicht mehr. Zu massiv sind die Budgetkürzungen der meisten westlichen Regierungen, allen voran der USA. Die Verzweiflung an der Grenze setzt sich fort bis in die Büros der Organisationen in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena. Dort wissen die Mitarbeiter*innen nicht, wie sie ihre Programme über das erste Quartal hinaus fortführen sollen.

In diesem Jahr könnten laut den UN 239 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen – eine Zahl, die viele NGOs noch als zu niedrig einschätzen. Zugleich geben die UN an, Ende Oktober 2025 seien nur etwa 23 % der international geplanten Hilfsvorhaben finanziert gewesen.

EINE MILLIARDE FÜR HILFE, 50 FÜR MILITÄR

Deutschlands Mittel für humanitäre Hilfe betragen rund eine Milliarde Euro, nicht einmal halb so viel wie noch 2024. Zum Vergleich: Im Dezember hat der Bundestag Aufträge für militärische Ausrüstung im Wert von 50 Milliarden Euro bewilligt. In vielen westlichen Ländern sieht es ähnlich aus.

Die Kürzungen bedeuten konkret: weniger sauberes Wasser, weniger Nahrung, weniger Ärzt*innen, weniger Hebammen, weniger Unterkünfte, weniger psychologische Betreuung für die Menschen, die all das am dringendsten benötigen, weil Kriege, Naturkatastrophen oder andere Krisen sie in eine Notlage gebracht haben.

Die vier humanitären Prinzipien der UN lauten „Menschlichkeit“, „Neutralität“, „Unparteilichkeit“ und „Unabhängigkeit“. Ein Blick in den Osten Tschads zeigt: Wenn fehlendes Geld die humanitären Akteure zwingt, Grundbedürfnisse gegeneinander aufzuwiegen und Abstriche in lebensnotwendigen Bereichen zu machen, ist schon das erste Prinzip nicht mehr erfüllt.



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet
zeitweise aus Nairobi.
euz.editor@dandc.eu

KRIEG UND FLUCHT

Zuflucht in einem der ärmsten Länder der Welt

Knapp 12 Millionen Menschen sind seit Ausbruch des Krieges in Sudan vor drei Jahren auf der Flucht. Rund eine Million davon ist in das benachbarte Tschad geflohen – eines der ärmsten Länder der Welt. Dennoch hat es in den vergangenen 20 Jahren immer wieder Menschen aus der konfliktgeplagten Region Darfur aufgenommen. Die humanitäre Lage in der Grenzregion verschlimmert sich zusehends, auch aufgrund der weltweiten Budgetkürzungen für humanitäre Hilfe. Ein Augenzeugenbericht.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Toma Adani sagt, ihre Kindheit sei glücklicher gewesen als die ihrer Tochter Ihsan wohl sein wird. Ihsan ist sechzehn Monate alt und stark unterernährt. Sie wird stationär in einer Klinik für Unterernährung in Farchana behandelt, rund 50 Kilometer von der sudanesischen Grenze entfernt.

Adani kommt aus Sudan, sie ist vor 22 Jahren aus Darfur nach Tschad geflohen, als der Darfur-Konflikt zum ersten Mal ausbrach. Verschiedene Ethnien der Region hatten mehr Mitbestimmung im sudanesischen Staat gefordert, und die Niederschlagung der Aufstände mündete in einen Genozid. Damals habe es viel mehr zu essen gegeben, internationale Organisationen hätten öfter Bargeld verteilt, und die Sorgen seien grundsätzlich weniger gewesen, berichtet Adani. Seit der Krieg zwischen der sudanesischen Armee und den Rapid Support Forces (RSF; einer paramilitärischen Streitkraft, hervorgegangen aus den Milizen, die in Darfur für den Völkermord verantwortlich waren) um die Herrschaft in Sudan 2023 ausgebrochen ist und wieder viele Menschen fliehen müssen, fehle es allen Geflüchteten an vielen Dingen.

Die 26-Jährige lebt in Farchana in einem Geflüchteten-camp, das seit 2004 existiert und sich mittlerweile zu einer eigenen kleinen Gemeinde entwickelt hat, die die Bevölkerungszahl der Ursprungsgemeinde mehr als verdoppelte. Sie ist hier zur Schule gegangen, unterbrochen immer wieder durch Zeiten, in denen sie auf dem Feld arbeiten musste. Ihr 13-köpfiger Haushalt, bestehend aus ihrem Mann, ihrer Tochter sowie zwei Schwestern und deren Familien, ernährt sich nach wie vor hauptsächlich von dem, was sie ernten: Hirse und Nüsse auf einem Feld, das sie von einer tschadischen Familie gepachtet haben. Den Besitzern müssen sie Bargeld oder einen Teil der Ernte abgeben.

An guten Tagen in der Regenzeit kann die Familie zweimal essen, in der Regel Hirse mit verschiedenem Gemüse, manchmal einen Überschuss verkaufen. An schlechten Tagen – und in der Trockenzeit sind alle Tage schlecht – bleibt die Feldarbeit aus, und sie sind vollständig von der Hilfe der internationalen Organisationen abhängig. Adani selbst gilt nicht als unterernährt, hat aber nicht genug Muttermilch für Ihsan.

Adanis Mutter Halimé Yaya ist gerade zu Besuch im stickigen Krankenzimmer, das Adani und Ihsan sich mit anderen Müttern und ihren unterernährten Kindern teilen. Auch sie blickt mit Sorge in die Zukunft ihres Enkelkindes – ihre eigenen Kinder hätten es nach ihrer Flucht besser gehabt. Mittlerweile gingen viele der immer knapper werdenden Ressourcen direkt an die Neuankömmlinge, sagt sie. Wasser stünde etwa immer weniger zur Verfügung.

RUND 700 PATIENT*INNEN AM TAG – UND EIN ARZT

Die Klinik ist Teil des Gesundheitszentrums des International Rescue Committee (IRC) in Farchana. Neben dem Fokus auf Unterernährung steht hier Mütter- und reproduktive Gesundheit im Vordergrund; es gibt eine Entbindungsstation und gynäkologische Behandlungen, aber auch allgemeinmedizinische Screenings sowie psychologische Beratung. Außerdem ist Immunisierung ein wichtiger Teil der Arbeit: Am Tag werden 60 bis 70 Kinder geimpft, teilweise in Partnerschaft mit der Impfallianz GAVI. Das Zentrum dient sowohl den beiden Geflüchteten-

camps in der Gegend als auch der lokalen Gemeinde (siehe Text auf Seite 38).

Jeden Tag suchen zwischen 600 und 700 Menschen Beratung im Zentrum. Dieses Aufkommen müssen fünf Krankenpfleger*innen und ein einziger Arzt bewältigen. Moussa Gamané, der Koordinator des IRC-Gesundheitszentrums, sagt, das Personal sei an der Belastungsgrenze. Dabei fehlten nicht nur Ärzt*innen, sondern auch Medikamente, verlässlicher Strom, Wasser, eine tragfähige Infrastruktur. Es gibt seit dem vergangenen Jahr auch ein rein staatlich finanziertes Gesundheitszentrum in Farchana. Dort kostet die Behandlung allerdings Geld, weshalb es wesentlich weniger stark frequentiert wird. Das nächste richtige Krankenhaus liegt in Adré an der sudanesischen Grenze. Es gibt nur einen Krankenwagen im Zentrum. Bis vor Kurzem hätten andere Organisationen noch etwa bei der Medikamentenversorgung mitunterstützt, sagt Gamané. Doch seitdem die Mittel für humanitäre Hilfe gekürzt wurden und vielen das Geld ausgeht, schultere das IRC die Kosten mehr oder minder allein.

„Mittlerweile gingen viele der immer knapper werdenden Ressourcen direkt an die Neuankömmlinge, Wasser stünde etwa immer weniger zur Verfügung.“



Toma Adani floh vor 22 Jahren aus Sudan nach Tschad und lebt nach wie vor in einem Geflüchteten-camp. Ihre Tochter Ihsan ist unterernährt.

Mahamat Albachir, der Arzt des Gesundheitszentrums, nennt als häufigste Erkrankungen Atemwegserkrankungen durch den allgegenwärtigen Saharastaub und die nicht wetterfesten Zelte, ebenso Durchfallerkrankungen durch mangelnde Hygiene und schmutziges Wasser. All das bedinge und verstärke die allgegenwärtige Mangel- und Unterernährung. Fast alle Kinder, die neu nach Farchana kommen, seien unterernährt – aber auch viele derjenigen, die schon länger hier leben.

GEFLÜCHTETE ALS MEDIZINISCHES PERSONAL

Hinzu kommen mentale Probleme. In jedem Gesundheitszentrum des IRC gibt es eine Person, die für die mentale Gesundheit zuständig ist – nicht notwendigerweise studierte Psycholog*innen, aber geschultes Personal. In Farchana ist das Nidal Shamshadine Abdallah. Abdallah ist selbst erst 2023 aus Sudan geflohen. Sie ist ausgebildete Psychologin und konnte nach einem Praktikum beim IRC einsteigen.

Die Hilfsorganisationen möchten das Humankapital der Geflüchteten verstärkt nutzen. So hat etwa das Flüchtlingshilfswerk der UN (UNHCR) angefangen, sudanesishe Diplome anzuerkennen – nicht zuletzt, weil die medizinische Versorgung in Sudan vor dem Krieg viel besser war als in Tschad. Viele Tschadier*innen waren regelmäßig im Nachbarland zur Behandlung. Gleichzeitig sieht die tschadische Regierung die Einstellung der Geflüchteten mit hochgezogenen Augenbrauen und erschwert Anerkennungsprozesse, denn sie hätte lieber tschadisches Personal auf der Gehaltsliste der internationalen Organisationen.

Abdallah sagt, die Mehrheit der ankommenden Menschen sei traumatisiert. Sie und ihre Kolleg*innen aus anderen Camps berichten von plötzlicher Epilepsie, Gedächtnisverlust, Sprachstörungen, PTSD, Depressionen, Psychosen und Schlafstörungen. Abdallah hat zwischen fünf und 15 Patient*innen pro Tag. Sie wurde selbst Zeugin von Gewalt auf ihrer Flucht. Ihre Mutter wurde angeschossen, überlebte aber. Junge Frauen verschwanden aus ihrer Gruppe und berichteten bei ihrer Rückkehr, missbraucht worden zu sein. Die Arbeit im Zentrum gebe ihr Kraft, ebenso wie die allgegenwärtige Hilfe sowohl durch die Organisationen als auch durch die lokalen Gemeinden. „Aber das Wichtigste ist, einfach nur in Sicherheit zu sein“, sagt sie.

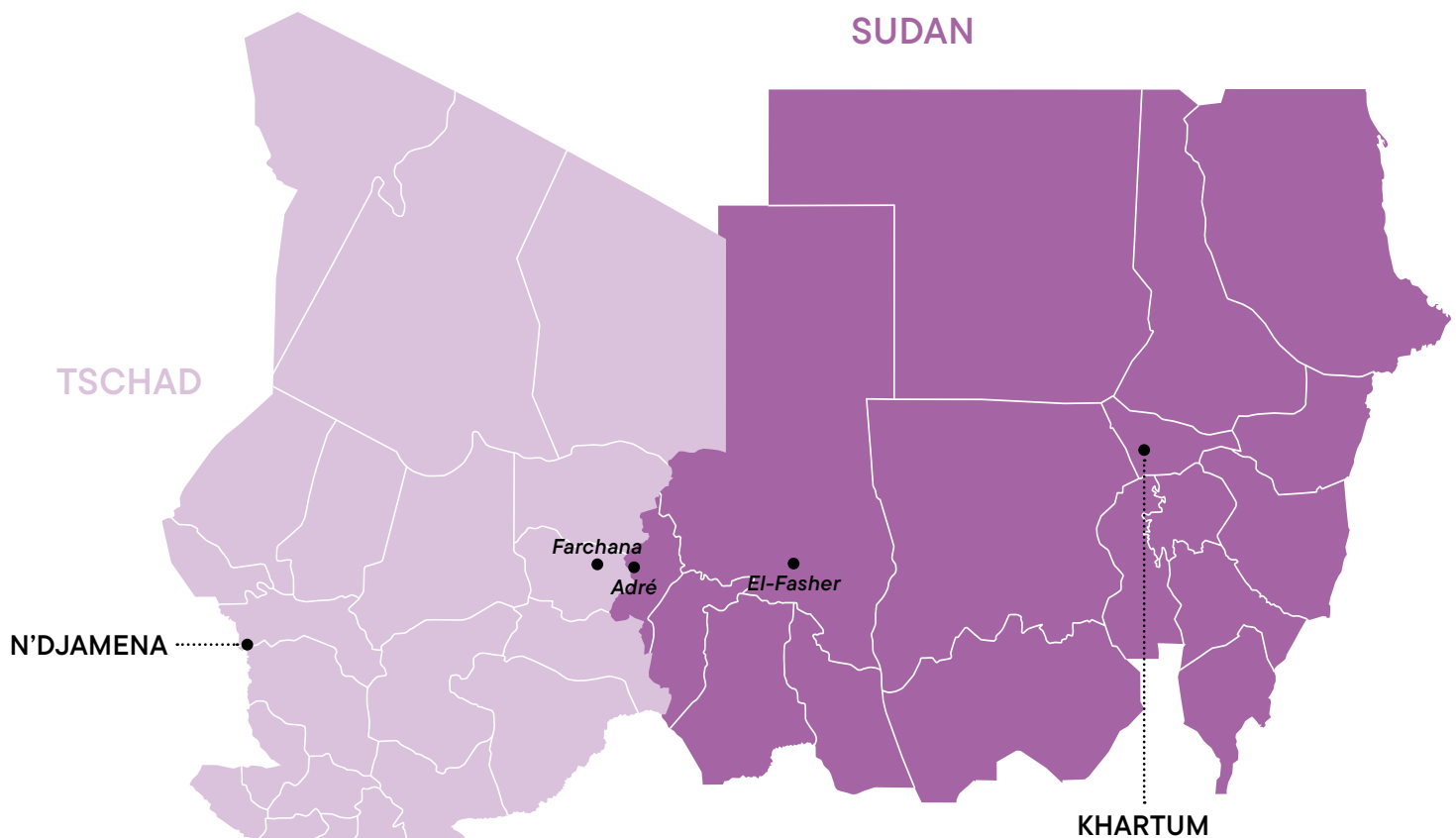
CAMPS SIND KOMFORTABLER ALS DÖRFER

Das Gesundheitszentrum liegt auf dem Weg zu den beiden Geflüchteten-camps, dem „alten“ Camp und „Farchana Extension“. Insgesamt leben dort rund 55.000 Geflüchtete. 21.000 davon sind seit 2023 hinzugekommen. Während das alte Camp mittlerweile an ein eigenes Dorf erinnert, mit einer Moschee, einer Schule und vielen Gebäuden aus Lehmziegeln, ist das neue Camp nach wie vor eine Zeltstadt, in der sich eine weiße UNHCR-Plane an die nächste reiht.

Auf der Fahrt in die Grenzstadt Adré im Januar wird klar, dass die Geflüchteten auch in ihren Zelten womöglich noch komfortabler leben als die Tschadier*innen der Gegend. Es gibt hier so gut wie keine Straßen, der Weg führt über Sandpisten und durch trockene Flussbetten. Diese



Der Warenverkehr zwischen Tschad und Sudan florierte bis zur vorläufigen Grenzschießung Ende Februar auch während des Krieges.



Wadis führen in der Regenzeit so viel Wasser, dass die Strecke gänzlich unpassierbar wird – für viele Wege in Tschad braucht man dann ein Flugzeug oder tritt sie gar nicht erst an. Die Häuser in den Dörfern am Wegesrand sind aus Stroh und Reisig gebaut, es gibt weder Strom noch fließend Wasser. Die Menschen sind zu Fuß oder auf Eseln unterwegs, manche auch zu Pferd. Nomaden treiben ihre

Kamelherden durch die Gegend. Die Kriminalität ist hoch, nicht nur durch die Nähe zum Kriegsgebiet in Sudan – es kommt immer wieder zu Übergriffen, insbesondere auf Frauen, die zum Beispiel im Busch Feuerholz sammeln.

Adré erscheint nach der zweistündigen Fahrt wie eine Metropole. Die Grenze zu Sudan ist weithin sichtbar. Es herrscht viel Verkehr, Eselkarren und LKWs schleppen nach wie vor Waren zwischen beiden Ländern hin und her. Überall sind kleine Stände, an denen Geflüchtete wie Einheimische Lebensmittel, Kleidung und andere Dinge verkaufen.

„Auf der Fahrt in die Grenzstadt Adré wird klar, dass die Geflüchteten auch in ihren Zelten womöglich noch komfortabler leben als die Tschadier*innen der Gegend.“

Dass nicht weit entfernt ein brutaler Krieg droht, ist zu diesem Zeitpunkt schwer vorstellbar. Bisher ist die Gewalt nur selten in Tschad angekommen. Es gab einen einzigen Vorfall hier in der Gegend in letzter Zeit, bei dem Drohnen im Dezember ein kleines Kraftstofflager auf Rädern in Adré trafen. Neun Menschen starben. Die RSF und ihre Milizen akzeptieren die Grenze, doch sie ist fast nirgends befestigt – es ist also durchaus schon vorgekommen, dass die Gefechte mehr oder minder aus Versehen auf tschadischen Boden gelangten, was etwa im Januar einige Dörfer in die Flucht zwang. Das tschadische Militär blieb bisher ruhig, ist aber auch kaum trainiert und schlecht ausgestattet. Der stabilisierendste Faktor für den Osten des Landes dürfte wohl sein, dass sowohl die tschadische Regierung als auch die RSF von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt wer-

den. Offiziell ist Tschad neutral gegenüber den beiden sudanesischen Kriegsparteien und empfing schon sowohl die Führerschaft der sudanesischen Armee als auch der RSF in der Hauptstadt N'Djamena. Ende Februar 2026, als die Gewalt in Darfur erneut eskaliert und sich der Krieg weiter der Grenze nähert, wird sie dennoch vorläufig geschlossen. Wie lange das so bleiben wird, weiß niemand.

RUND 900 GEFLÜCHTETE PRO MONAT

Der einzige andere Hinweis auf den Krieg auf der anderen Seite des rot-weißen Grenzbogens sind im Januar die Zelte von UNHCR und die vielen Menschen, die um sie herum sitzen und in der Hitze vor sich hinstarren – junge Männer auf der einen, Frauen und Kinder auf der anderen Seite. Es sind Neuankömmlinge, Menschen, die gerade erst oder vor ein paar Tagen aus Sudan geflohen und nun in die Erstaufnahme-Maschinerie der Hilfsorganisationen geraten sind. Es ist ein Mix aus Zuständigkeiten: Das Rote Kreuz ist vor Ort und verteilt etwa Pakete mit Decken, Seife, Töpfen, UNICEF bietet psychosoziale Beratung, UNHCR übernimmt Registrierung und Verteilung, IRC und Ärzte ohne Grenzen führen medizinische Screenings sowie Impfungen durch, Acted verteilt Nahrungsergänzungsmittel.

Zerab Adam ist Anfang Januar wie die meisten mit nichts außer ihrer Kleidung am Leib über die Grenze gekommen. Die 25-Jährige kommt aus der Stadt El-Fasher, die im Oktober 2025 nach schweren Gefechten an die RSF gefallen ist und aus der im Anschluss schlimmste Gräueltaten berichtet wurden. Ihr Mann starb bereits Mitte des letzten Jahres im Krieg. Als die Situation untragbar wurde, floh sie mit ihren vier Kindern und ihren Eltern zu Fuß in die Stadt Nyala, ein wichtiges Handelszentrum, in dem die Lage etwas stabiler ist. Dort schaffte sie es, Geld mit Wäschewaschen zu verdienen, mit dem sie den Transport an die tschadische Grenze finanzierte. Es reichte allerdings nur für sie selbst – ihre Kinder und Eltern musste sie zurücklassen, was sie „unverzeihlich“ nennt.

Sie sei froh, nun in Sicherheit zu sein und dankbar für die Starthilfe, die sie hier in Form von Grundversorgung von den verschiedenen Organisationen bekommen hat – aber ihre Gedanken kreisten unaufhörlich um ihre Kinder in Sudan. Sie wolle so schnell wie möglich aus dem Erstaufnahmelaager raus, in dem sie sich ein kleines Abteil in einem großen Zelt mit drei weiteren sudanesischen Frauen teilt, und Geld verdienen, damit sie ihre Familie nachholen kann. Sie hat bereits damit angefangen und geht jeden Tag erneut über die sudanesischen Grenze, um es anderen geflüchteten Frauen gleichzutun und dort Essen, Kaffee oder andere Lebensmittel zu verkaufen, die sie auftreiben kann.

Sie ist eine von 605 Geflüchteten, die zwischen dem 1. und 21. Januar in Adré über die Grenze gekommen sind. Im Mo-

nat sind es laut UNHCR etwa 900 Menschen. Tschad schickt niemanden zurück; manche tauchen auch zweimal auf, weil sie etwa ihre Familien suchen oder sich aus anderen Lagern erneut aufgemacht haben, weil die humanitäre Situation auch dort untragbar wurde.

Diese Lage wird sich im Angesicht der massiven Kürzungen bei den humanitären Hilfsbudgets der meisten westlichen Staaten dieses Jahr weiter verschlimmern (siehe Interview mit Alain Rusuku, S. 40). Benjamin Bach, stellvertretender Programmdirektor des IRC in Tschad, kann bereits konkrete Auswirkungen aufzählen: „In manchen Gemeinden im Westen des Landes müssen wir schlicht aufhören, zu arbeiten. In anderen Bereichen müssen wir die Dienstleistungen zurückfahren – so sind nun in Farchana nur noch drei statt sechs Hebammen tätig. Das bedeutet unter anderem, dass nachts keine Hebamme mehr da ist.“

Gleichzeitig werde versucht, den sogenannten „Nexus“ zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit von Anfang an stärker mitzudenken (siehe Interview mit Katharina Valjak, S. 53). „Es gibt Geflüchtete, die seit der ersten Darfur-Krise 2003 abhängig vom humanitären System sind. Indem jetzt versucht wird, mehr ökonomische Aktivitäten in den Camps zu etablieren, mehr Land mit lokalen Gemeinden zu teilen und so mehr Austausch zu schaffen, soll dem entgegengewirkt werden“, sagt Bach. Das funktioniert aber nur in manchen Bereichen; wenn sich Organisationen etwa im Bildungssektor zurückziehen müssten, fehlten direkt viele Lehrer*innen.

Ihsan und ihre Mutter Adani dürfte es wenig kümmern, ob die Hilfe, die ihre Familie dringend benötigt, Entwicklungszusammenarbeit oder humanitäre Hilfe genannt wird. Die Lage in Sudan und Tschad ist bereits jetzt dramatisch. Die Kürzungen der westlichen Hilfsbudgets werden auf lange Sicht dazu führen, dass Menschen, die es geschafft haben, eine Kriegshölle zu überleben, an Unterversorgung sterben.



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi. Sie reiste im Januar nach Tschad.

euz.editor@dandc.eu

RESSOURCEN

Dass das Zusammenleben in Osttschad funktioniert, grenzt an ein Wunder

Die hohe Zahl an Geflüchteten aus Sudan brachte internationale Hilfsorganisationen in den Osten Tschads, eine Gegend, die nahezu abgeschnitten von jeglicher Infrastruktur ist. Mit ihnen kamen Krankenhäuser, Schulen und Märkte – aber auch Konflikte um Ressourcen, die sowieso schon knapp waren. Die Gefühle vor Ort sind entsprechend gemischt.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Abdoulay Abdessalam ist der Repräsentant des Chef de Canton der tschadischen Grenzstadt Adré, in der täglich Geflüchtete aus Sudan ankommen. Das Amt des Chef de Canton stammt noch aus der Kolonialzeit und funktioniert als vermittelnde Position zwischen Verwaltung und lokalen Gemeinden.

In der osttschadischen Provinz Wadai, zu der Adré gehört, ist jegliche staatliche Verwaltung weit weg, es gibt kaum Krankenhäuser, Straßen, wenig Warenverkehr und schon gar kein fließendes Wasser oder Strom in den Dörfern, die verstreut in der trockenen Savanne liegen. Tatsächlich scheint der Chef de Canton eher in einem Dreieck aus internationalen Hilfsorganisationen, Geflüchteten und lokalen Gemeinden zu vermitteln.

„Auf der einen Seite sind die Preise durch die vielen Neuankömmlinge gestiegen – der Preis eines Huhns etwa hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt –, ebenso wie die Krankheiten. Auf der anderen Seite haben wir als lokale Gemeinde nun viel mehr Zugang zu kostenlosen Dienstleistungen über die Hilfsorganisationen, die ohne die Geflüchteten niemals hierhergekommen wären“, sagt Abdessalam.



Foto: ko

Patient*innen warten vor dem Gesundheitszentrum des IRC in Farchana, Osttschad.

Auch sei durch die größere Anzahl an Menschen die Kriminalität angestiegen, es gebe mehr Diebstahl, mehr Aggression, mehr Chaos in der Kleinstadt, die vor der Ankunft der vielen Geflüchteten rund 40.000 Einwohner*innen zählte. Durch die Menschen, die in den Erstaufnahmelagern und dem großen Camp am Rand der Stadt untergebracht sind, sind nun rund 200.000 hinzugekommen (siehe voriger Text).

Gleichzeitig habe sich vor allem die Gesundheitsversorgung durch die Präsenz der Geflüchteten für die Gemeinde verbessert, ebenso der Zugang zu Wasser – und es gebe mehr Möglichkeiten für die lokale Jugend, Geld durch den Verkauf von Waren an die Geflüchteten zu verdienen, sagt Abdessalam. „Das Verhältnis zwischen Geflüchteten und der lokalen Gemeinde ist allgemein gut, es gibt etwa bereits viele gemischte Ehen. Das einzige Konfliktpotenzial ist die Landnutzung – die Leute haben den Geflüchteten Platz auf ihren Feldern gewährt, weil sie davon ausgegangen sind, dass die Gäste in drei Wochen wieder weg sind. Nun sind es drei Jahre, und besonders zu Erntezeiten kommt es zu Streit“, erklärt er. Das UNHCR hat laut Abdessalam damals Kompensation für die besetzten Felder versprochen, davon sei allerdings bis heute noch nichts angekommen. Staatliche Unterstützung angesichts der vielen Geflüchteten bekommt seine Gemeinde nicht – die Einheimischen dürfen lediglich die Gratisdienstleistungen der internationalen Hilfsorganisationen nutzen.

Von denen erwartet sich die lokale Gemeinde Adrés mehr: „Unsere Jugend ist sehr frustriert, dass sie so wenig in die Arbeit der Organisationen einbezogen werden. Hier und da werden Kurzzeitjobs geboten, aber die wichtigen Langzeitposten gehen an Fremde – obwohl viele hier Universitätsabschlüsse haben und etwa auf die Uni in der Hauptstadt gegangen sind.“ Manche Organisationen versuchten, Menschen von hier einzubeziehen. Die Jugend sei aber frustriert über die Arbeitslosigkeit, besonders da es ganz offensichtlich potenzielle Arbeitgeber vor Ort gebe. „Manchmal denke ich, wir stehen kurz vor einer Revolte der jungen Menschen gegen die NGOs“, berichtet Abdessalam.

KOMITEES ZUR KONFLIKTLÖSUNG

„Die Leute hier vor Ort haben uns in den letzten 20 Jahren immer wieder gefragt, ob wir nicht wieder zurück in die Heimat wollen“, erzählt Tahir Ismail, der 2007 aus Sudan nach Tschad gekommen ist. „Aber wir haben immer wieder gesagt, dass dieser Konflikt noch lange nicht beendet ist – der Kriegausbruch vor drei Jahren gab uns recht.“ Ismail ist seit vergangenem Jahr der Präsident der Geflüchtetencamps in Farchana – sowohl des Camps, das es schon seit 2004 gibt, als auch des neueren Camps, das 2023 aufgebaut wurde. Der Lehrer hat in den Camps wei-

ter unterrichtet und ist schon lange eine zentrale Figur der Geflüchtetengemeinschaft.

Auf die Frage nach dem Verhältnis zur lokalen Gemeinde erzählt er von einem Komitee, das mit Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR gegründet wurde und in dem sowohl Geflüchtete als auch Einheimische zusammen an Konfliktlösungen arbeiten. „Das Komitee sensibilisiert die Menschen in den Dörfern dafür, dass wir nicht freiwillig gekommen sind – und dass wir die gleichen Bedürfnisse haben wie sie. Wir brauchen Holz, Wasser und Nahrung. Aber wir betonen auch, dass wir Gutes in die Region gebracht haben, wie etwa das Gesundheitszentrum im Ort“, sagt Ismail.

CHOLERA-AUSBRUCH MACHT UNTERSCHIEDE DEUTLICH

Grundsätzlich hört man wenig über Konflikte zwischen Geflüchteten und Einheimischen in der Gegend – wenn, dann geht es um Land. Manchmal kaufen auch nomadische Kamelhirten in den Geflüchtetenlagern Alkohol, den die Sudanes*innen brauen, und machen dann betrunken Probleme. Es kam dabei durchaus schon zu Schüssen. Aber vor allem der Busch um die Lager, in denen insbesondere die Frauen Feuerholz sammeln müssen, ist gefürchtet. Viele berichten von gewaltsamen, teils sexuellen Übergriffen.

Dennoch nennen es viele ein Wunder, dass in der bitterarmen Region, die nun hunderttausende traumatisierte und verzweifelte Menschen aufgenommen hat, nicht noch viel mehr passiert. Im Gegenteil, viele berichten von einer herzlichen Aufnahme und von Zusammenhalt. Das könnte nicht zuletzt daran liegen, dass viele Menschen auf beiden Seiten der Grenze derselben ethnischen Gruppe, den Zaghawa, angehören. Auch in vielen Camps dominiert die Ethnie, und die Menschen versuchen, gemeinsam mit anderen Zaghawa aus ihrer Gegend untergebracht zu werden.

Der Cholera-Ausbruch im Juli 2025 in Wadai und der Nachbarprovinz machte jedoch Versorgungsunterschiede deutlich. In den Dörfern der Einheimischen wütete die Krankheit gnadenlos, berichten Mitarbeitende des International Rescue Committee (IRC). Staatliche Hilfe oder funktionierende Gesundheits- oder Hygieneinfrastruktur gibt es in den Strohhütten-Siedlungen nicht. Das IRC konnte durch Basis-Cholera kits, Impfungen und mobile Stationen entgegenwirken. In den Geflüchtetencamps hingegen sei der Ausbruch durch die Präsenz und Infrastruktur mehrerer internationaler Hilfsorganisationen im Vergleich recht schnell und geordnet eingedämmt gewesen – immerhin gibt es dort Wasserversorgung und Gesundheitszentren.

Foto: IRC



Humanitäre Organisationen arbeiten in Tschad eng zusammen, insbesondere seit weltweit Hilfgelder gekürzt wurden. Ein medizinisches Team des IRC und des UNHCR arbeitet in einer Erstaufnahmeeinrichtung in der Grenzstadt Adré.

HUMANITÄRE ORGANISATIONEN

„Wie priorisieren wir Prioritäten?“

Der Krieg in Sudan ist mehr als eine nationale Katastrophe – er bedroht die Stabilität der gesamten Region. Tschad, selbst ein fragiles Land und in vielen Teilen von schwerer Armut geprägt, beherbergt Hunderttausende Geflüchtete. Die humanitären Organisationen vor Ort stehen einer verheerenden Lage gegenüber: Der Bedarf ist enorm, doch angesichts der weltweiten Kürzungen von Hilfgeldern schrumpfen die verfügbaren Ressourcen drastisch. Wir haben den Landesdirektor des International Rescue Committee (IRC) Ende Januar gefragt, wie es weitergehen kann.

Seit Ausbruch des Krieges in Sudan 2023 sind Hunderttausende Menschen aus der Region Darfur in den Osten Tschads geflohen. Wie ist die aktuelle Lage in der Grenzregion?

Die Menschen sind auf der Flucht vor Gewalt und Zerstörung mit leeren Händen in Tschad angekommen. Die humanitäre Gemeinschaft – das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und Partnerorganisationen – hat schnell reagiert, um die Grundversorgung zu sichern. Sie hat entlang der Grenze weitere Lager eingerichtet, zusätzlich zu denen, die es bereits seit der ersten Darfur-Krise 2003 gibt. Aber der Druck auf die Ressourcen ist enorm. Die Grenzregion ist fast eine Wüste, mit begrenzten Wasservorkommen und Ackerflächen.

„Denken Sie an die Menschen in Tschad, die diese Geflüchteten aufnehmen. Sie sollten diese Last nicht allein tragen müssen. Sie brauchen weiterhin Unterstützung, um helfen zu können.“

Zugleich steigen die Lebenshaltungskosten, besonders in den Dörfern in der Nähe der Geflüchtetenlager. Grundnahrungsmittel sind viel teurer geworden, was die ohnehin schon schwierige Lage der lokalen Bevölkerung zusätzlich verschärft hat. Der Krieg in Sudan hat das soziale Gefüge entlang der Grenze zwischen Tschad und Sudan zerstört. Einige ethnische Gruppen leben auf beiden Seiten der Grenze. Früher überquerten sie diese frei, um Handel zu treiben, soziale Kontakte zu pflegen oder sich medizinisch behandeln zu lassen. Sudan ist bekannt für sein gutes medizinisches Personal und seine Krankenhäuser, und die Menschen vertrauten auf die dortigen spezialisierten Gesundheitsdienste. Diese Option gibt es nun nicht mehr.

Wie haben die lokalen Gemeinschaften auf die Aufnahme so vieler Geflüchteter reagiert?

Die Menschen in Tschad haben bemerkenswerte Gastfreundschaft gezeigt. Anfangs befürchteten wir, dass Spannungen zu offenen Konflikten eskalieren könnten,

aber die Aufnahmegemeinschaften haben die Geflüchteten weitgehend akzeptiert und ihnen großzügig geholfen – etwa mit Lebensmitteln, als sie über die Grenze kamen. Ernsthafte Konflikte um Ressourcen sind nach wie vor selten, auch wenn es vereinzelt Zwischenfälle gibt. Wir wissen aber nicht, wie lange die lokale Bevölkerung dieses Maß an Toleranz aufrechterhalten kann.

Was ist mit der Regierung, kommt von ihr Unterstützung?

Wir sind wirklich dankbar, dass die Regierung uns physischen Zugang zu diesen Gemeinden und Menschen gewährt und dass sie humanitären Hilfskräften, die noch immer in Darfur tätig sind, erlaubt, die Grenze zu überqueren. Allerdings ringt die tschadische Regierung selbst mit erheblichen Ressourcenengpässen, und es gibt große Herausforderungen in der Regierungsführung. Sie schafft es kaum, ihre eigene Bevölkerung mit Basisdienstleistungen zu versorgen, und es ist ihr fast unmöglich, die neuen Geflüchteten angemessen zu unterstützen. Das ist der Grund dafür, dass die humanitäre Gemeinschaft so umfangreiche Hilfen mobilisiert hat.

Allerdings bringt das wieder eigene Probleme mit sich. Es besteht eine Diskrepanz zwischen Geflüchteten und den Aufnahmegemeinden. In lokalen Dörfern fehlen oft Wasser, Gesundheitszentren, Schulen und andere grundlegende Infrastruktur, während es in den Geflüchtetenlagern – obwohl sie bei Weitem nicht ideal sind – meist zumindest eine Schule, ein Gesundheitszentrum und weitere Dienstleistungen gibt. Wenn Mitglieder der Aufnahmegemeinden sehen, wie große NGO-Fahrzeuge an ihren Dörfern vorbei zu den Lagern fahren, können sie sich im Stich gelassen fühlen und Ressentiments entwickeln. Bleiben diese Ungleichheiten bestehen, könnten diese Gefühle zunehmen.

Wie gehen internationale humanitäre Organisationen mit der Situation um?

Humanitäre Organisationen haben erkannt, dass der traditionelle Ansatz, Geflüchtete in separaten Lagern zu isolieren, nicht nachhaltig ist – insbesondere, da die Finanzierung immer weiter abnimmt. Sie versuchen nun, sich strategisch neu auszurichten. Anstatt neue Camps zu errichten, streben sie an, neu angekommene Geflüchtete stärker in bestehenden Dörfern zu integrieren. Wird eine Schule oder ein Gesundheitszentrum gebaut, dienen diese dann Geflüchteten und Aufnahmegemeinschaften gleichermaßen.

Auf diesem Weg will man auch neue Partner gewinnen, die in die lokale Infrastruktur investieren. Die Logik ist nachvollziehbar: Kehren die Geflüchteten irgendwann nach Sudan zurück, profitieren die Tschader*innen von der existierenden Infrastruktur. Millionen in Camps zu in-

vestieren, die möglicherweise aufgegeben werden, macht wenig Sinn. Allerdings gibt es Hindernisse, die diesem Wandel im Weg stehen.

Können Sie ein Beispiel nennen?

In der Nähe etablierter Dörfer ist kein Land verfügbar. Das Land gehört Mitgliedern der Gemeinden, und diese sind nicht bereit, es aufzugeben. Sie alle wissen, dass einige Geflüchtete seit mehr als 20 Jahren in Tschad leben. Gibt man Neuankömmlingen Land, bekommt man es womöglich nie zurück. Deshalb müssen die Behörden konkrete Standorte ausfindig machen, wo Land verfügbar ist und 20.000 bis 30.000 Menschen gleichzeitig untergebracht werden können. Das erschwert die Planung und Integration enorm.

Offiziell unterstützt die Regierung das Ganze, aber ihre Strategie ist nicht immer realistisch. Die Behörden stellen in einigen Gebieten zwar Land und Raum für Geflüchtete zur Verfügung, erlauben aber selten eine wirkliche Integration in bestehende Gemeinschaften. Stattdessen werden Geflüchtete in der Nähe der Dörfer in kleinen Anlagen untergebracht – was dazu führt, dass sich die Ungleichheiten bei Behandlung und Hilfsleistungen wiederholen.

Inwiefern unterscheidet sich die humanitäre Lage von früheren Fluchtbewegungen nach Tschad, insbesondere von der Situation nach der ersten Darfur-Krise vor über 20 Jahren?

Die Lage hat sich verschlechtert, vor allem wegen der Verfügbarkeit von Geldern, der medialen Berichterstattung und weil verschiedene Krisen miteinander konkurrieren. Zu Beginn der Darfur-Krise 2004 gab es viel internationale Aufmerksamkeit. Die Welt sprach über den Völkermord, Prominente wie George Clooney besuchten die Region. Die Mittel waren damals zwar auch begrenzt, aber es gab weit mehr als das, was wir heute mobilisieren können, und wir konnten erheblich mehr Dienstleistungen anbieten.

Ich erinnere mich daran, dass UNHCR innerhalb von drei bis vier Monaten verschiedene Partnerorganisationen mobilisieren konnte, als neue Geflüchtete kamen. Jetzt ist es wegen der gekürzten Budgets extrem schwierig, zu reagieren. Wir sind eine von nur zwei Gesundheitsorganisationen im gesamten Osten von Tschad. UNHCR hat uns dieses Jahr nur Geld für drei Monate gegeben – für Januar bis März. Wir wissen nicht, was wir nach März tun werden. Das erleben wir zum allerersten Mal.

Sind die Erfahrungen der Menschen, die heute kommen, anders als vor 20 Jahren?

Wenn man mit den Menschen spricht, sind ihre Geschichten fast identisch, was die Brutalität und die Art und Weise betrifft, wie sie in ihren Dörfern Leid erfahren ha-

„Eine weitere Strategie ist es, mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten – aber auch deren Ressourcen sind begrenzt, selbst für die eigene Bevölkerung.“

ben. Es gibt Vergewaltigungen. Es gibt Brände. Männer werden getötet. Die Familien kommen zerrüttet hier an. Sie laufen zehn, 20 Tage lang – ich weiß nicht genau, wie lange – um die Grenze zu Tschad zu erreichen. Aber es bleibt ihnen nichts anderes übrig.

Was heute anders ist, sind die Mittel der Kriegsführung. Früher gab es Konflikte zwischen verschiedenen Gemeinschaften, bei denen eine Gruppe eine andere angriff, Dörfer niederbrannte, Tiere tötete und Vorräte zerstörte. Heute kommen sie in Fahrzeugen, mit Drohnen und Ausrüstung, deren Namen ich nicht einmal kenne. Aber auch heute werden ganze ethnische Gemeinschaften attackiert.

Was sind aktuell die dringendsten humanitären Bedürfnisse der sudanesischen Geflüchteten in Tschad, und wie kann das IRC unterstützen?

Wir haben uns mit einer Frage auseinandergesetzt, die für uns zum Albtraum wurde: Wie priorisieren wir Prioritäten? Wir sehen den enormen Bedarf, aber die Ressourcen, die wir nach den weltweiten Budgetkürzungen haben, sind äußerst begrenzt.

In Tschad arbeiten wir vor allem im Gesundheitsbereich. Dazu gehört das gesamte Spektrum an Dienstleistungen: medizinische Grundversorgung, Ernährung, Mutter-Kind-Gesundheit sowie psychische Gesundheit. Wir haben auch einige Mittel für Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene. Für neu ankommende Geflüchtete muss es sofort Wasser geben, daher bringen wir es mit Lastwagen zu bestimmten Stellen und versorgen die Menschen direkt damit.

Eine weitere Priorität ist die Bereitstellung von Unterkünften. Dafür sorgen unsere Partnerorganisationen – aber auch ihnen fehlen die Ressourcen. Es gibt Geflüchtete, die mehr als sechs Monate überhaupt keine Unterkunft erhalten; sie schlafen unter Bäumen. Und natürlich ist auch Ernährung ein kritischer Punkt. IRC verteilt keine Le-

bensmittel, aber wir betreiben im Rahmen unserer Gesundheitsprogramme Ernährungszentren, insbesondere für unterernährte Kinder.

Wir legen auch großen Wert auf Schutz, wozu Prävention und psychologische Betreuung zählen – insbesondere psychosoziale Dienste für Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt. Die meisten Frauen, die über die Grenze kommen, sind irgendwann Opfer dieser Art von Gewalt geworden.

Die Budgetkürzungen sind eine Tatsache, und wenn wir in die Zukunft blicken, scheint sich die Lage nicht zu verbessern. Wie wollen Sie angesichts dieser Realität die humanitäre Lage langfristig bewältigen?

Das ist eine sehr schwierige Frage. Verschiedene Akteure haben unterschiedliche Ansätze ausprobiert und untersucht, aber keiner davon funktioniert als alleinige Lösung.

Einer davon ist der bereits erwähnte Ansatz der „Villagisation“, bei dem Menschen in der Nähe etablierter Dörfer untergebracht werden. Eine weitere Strategie ist es, mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten, aber auch deren Ressourcen sind begrenzt, selbst für die eigene Bevölkerung. Wir wissen schon jetzt, dass das nicht nachhaltig ist.

Einige versuchen derzeit auch, Entwicklungsakteure zu mobilisieren, die nicht auf humanitäre Hilfe spezialisiert sind – wie Weltbank, UNDP und andere. Aber sie haben ebenfalls Schwierigkeiten, Ressourcen zu beschaffen, da auch in ihren Bereichen die Mittel gekürzt werden. Wir wenden uns auch an nichttraditionelle Geber aus dem Privatsektor. Wir können nichts tun, als es weiter zu versuchen. Leider ist Geld entscheidend für unsere Arbeit.

Wie ist das IRC damit umgegangen, dass plötzlich die Mittel gekürzt wurden, besonders Gelder aus den USA?

Es gab eine Arbeitsunterbrechungsanordnung, und wir mussten unsere Arbeit in verschiedenen Camps weltweit einstellen. Das IRC hat jedoch einige private Mittel für Tschad mobilisiert, sodass wir unsere Dienste weiterführen konnten. Wir mussten hier kein einziges Ernährungszentrum auch nur für einen Tag schließen. Ich fand die Art und Weise, wie das IRC weltweit reagiert hat, bemerkenswert. Die Organisation sagte: „Okay, welche Entscheidungen auch immer getroffen werden, diese Dienste sind uns extrem wichtig. Wir müssen weitermachen.“ Denn zuallererst sind wir humanitäre Helfer*innen.

Wagen Sie eine Prognose für die Zukunft der Region angesichts des Kriegs in Sudan?

Ich kann Ihnen sagen, worauf ich hoffe: Dass die Konfliktparteien einen Weg finden, sich zu einigen, sonst wird das

niemals enden. Beide Hauptbeteiligten des Konflikts sind stark und werden von verschiedenen Allianzen unterstützt. Aber der Konflikt ist nicht allein mit militärischen Mitteln zu lösen. Die Diplomatie muss Vorrang haben, damit es ein Friedensabkommen und dauerhaften Frieden gibt.

Dauert der Konflikt an, ist die Gefahr groß, dass er auf den Osten Tschads übergreift. Das ist bereits vor einigen Wochen geschehen, als benachbarte Dörfer angegriffen wurden. Die Tschader*innen haben nicht zurückgeschlagen. Sie haben entschieden, Ruhe zu bewahren. Aber das kann sehr, sehr schnell eskalieren.

Haben Sie eine Botschaft an die internationale Gemeinschaft?

Vergesst nicht. Es gibt so viele Menschen, Geschichten, Leben, die von diesem Konflikt betroffen sind. Es sagt sich leicht: „Letztes Jahr hat unsere Regierung mit einer Million Euro unterstützt, also alles gut.“ Aber die Menschen hier leiden immer noch. An alle da draußen, die noch immer das Herz und die Mission haben, zu helfen: Macht weiter. Wir wissen, dass die Lage sehr schwierig ist. In vielen Ländern konkurrieren verschiedene Krisen und Bedürfnisse miteinander.

Die Krise in Sudan dauert schon so lange an. Manche mögen müde sein – es kann entmutigen, dass nach so vielen Jahren immer noch Menschen die Grenze überqueren: neue Geflüchtete, dieselben Bedürfnisse. Aber denken Sie an die Menschen in Tschad, die diese Geflüchteten aufnehmen. Sie sollten diese Last nicht allein tragen müssen. Sie brauchen weiterhin Unterstützung, um helfen zu können.



ALAIN RUSUKU
ist IRC-Landesdirektor für Tschad.
alain.rusuku@rescue.org



Lebensmittelhilfen in Kakuma stehen nun nur noch jenen Personen zur Verfügung, die vom WFP den entsprechenden Kategorien zugeordnet wurden.

GEFLÜCHTETE

Wer in die letzte Kategorie fällt, bekommt überhaupt kein Essen mehr

Die Kürzung internationaler Hilfsgelder stürzt Kakuma, eines der größten Geflüchtetenlager der Welt in Kenia, in eine immer verheerendere humanitäre Krise. Die Lebensmittelrationen wurden auf einen Bruchteil des Mindestbedarfs reduziert, die Grundversorgung kollabiert – und die dort lebenden Menschen stehen vor einer unmöglichen Entscheidung: Entweder sie ertragen die zunehmende Not im Lager oder sie riskieren ihr Leben und kehren in ihre vom Konflikt zerrütteten Heimatländer zurück.

VON ALBA NAKUWA

Das Geflüchtetenlager Kakuma im Nordwesten Kenias ist Zeugnis menschlicher Widerstandsfähigkeit und Mahnmal für internationale Versäumnisse zugleich. Laut Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) vom Oktober 2025 leben in dieser riesigen Siedlung mehr als 200.000 Menschen. Sie sind unter anderem vor der Gewalt in Südsudan, Somalia und der Demokratischen Republik Kongo geflohen. Viele leben seit Jahrzehnten in Kakuma und versuchen, sich unter entbehrungsreichen Bedingungen ein Leben aufzubauen.

Im vergangenen Jahr haben die Geberländer ihre Hilfsbudgets gekürzt und die internationalen Organisationen damit gezwungen, ihre Aktivitäten im gesamten Lager einzuschränken. Die Folgen sind überall spürbar: Wasservorräte sind geschrumpft, Lebensmittelrationen wurden gekürzt und Geldtransfers drastisch reduziert. Diese Kürzungen treiben eine ohnehin schon gefährdete Bevölkerungsgruppe noch tiefer in die Krise.

Welternährungsprogramm (WFP) und UNHCR, die beiden wichtigsten Hilfsorganisationen in Kakuma, können nicht mehr die gleiche Hilfe leisten wie bisher. Beide multilaterale Organisationen sind auf Gelder von Geberregierungen angewiesen. Allein die USA stellten bislang rund 70 % des Betriebsbudgets des WFP im Lager bereit.

Laut Angaben des WFP-Büros in Nairobi wurden die Lebensmittelrationen im Mai letzten Jahres auf etwa ein Drittel des Lebensmittelminimums gekürzt. Die Organisation führte daraufhin ein Modell der „differenzierten Hilfe“ ein: Die am stärksten gefährdeten Geflüchteten werden mit Rationen versorgt, die 60 % ihres Bedarfs decken, während die am wenigsten gefährdeten gar keine Hilfe mehr erhalten. Mittlerweile berichtet das WFP, die Lage habe sich dank neuer Gelder etwas verbessert, und zeigt sich vorsichtig optimistisch, dass die Rationen in den kommenden Monaten womöglich wieder erhöht werden können.

Das neue Verteilungssystem umfasst vier Kategorien:

- Kategorie 1: Als „gefährdet“ eingestuft werden Haushalte, denen Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen vorstehen, sowie Haushalte mit einer aus anderen Gründen hohen Abhängigkeitsquote. In diese Kategorie fallen etwa 29 % aller Haushalte in Kakuma.
- Kategorie 2: Haushalte mit begrenzten Möglichkeiten zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse, die nach wie vor mit einer hohen Abhängigkeitsquote und einem minimalen Einkommen konfrontiert sind. Diese Gruppe macht 40 % der Haushalte aus.

- Kategorie 3: „In Teilen selbstständige“ Haushalte, in denen ein oder mehrere Mitglieder einer Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit nachgehen. Sie machen 16 % der Campbevölkerung aus.
- Kategorie 4: „Selbstständige Haushalte“, darunter solche, die mehr Einkommen haben, als zur Grundversorgung nötig ist – Händler*innen, Geschäftsinhaber*innen und Personen, die freiwillig auf humanitäre Hilfe verzichten. Diese Gruppe macht vier Prozent der Haushalte aus.

Laut WFP bleiben weitere 11 % der Haushalte unkategorisiert. Unbegleitete Kinder fallen je nach Umständen in Gruppe 1 oder 2.

Im August veröffentlichte „The New Humanitarian“ Ergebnisse, denen zufolge zwei Drittel der Haushalte in Kakuma von einer Mahlzeit pro Tag oder weniger leben. Die durchschnittliche Kalorienzufuhr ist vermutlich unter 1650 Kilokalorien pro Person und Tag gesunken – kaum genug, um einen erwachsenen Menschen zu ernähren, und für viele zu wenig, um gesund zu bleiben.

Kenias Innenminister Kipchumba Murkomen sagte im März 2025, dass die Kürzung der Gelder ein „plötzlicher und schwerer“ Schlag für die Fähigkeit des Landes bedeute, etwa 800.000 Geflüchtete und Asylsuchende zu beherbergen. Durch die schrumpfenden humanitären Budgets gebe es einen unerträglichen sozioökonomischen Druck, mahnte er, und forderte die reichen Länder auf, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Die kenianische Regierung sorgt zwar weiter für Sicherheit und administrative Infrastruktur in Kakuma, hat aber schlicht nicht die Mittel, um auszugleichen, was an externen Hilfen weggebrochen ist.

STIMMEN AUS KAKUMA

Dominic Longolol lebt in Kakuma und verdiente seinen Lebensunterhalt als Dolmetscher für das Kenianische Rote Kreuz, bis seine Stelle wegen der Budgetkürzungen wegfiel. Longolol hält das WFP-System für zutiefst unfair. Trotz Verlusts seines Einkommens wurde seine Familie in Gruppe 4, die Kategorie „selbstständig“, eingestuft. Nun erhalten sie keinerlei Nahrungsmittelhilfe mehr. „Niemand hat uns die Kriterien erklärt“, sagt er. „Eines Tages wachten wir auf und erfuhren, dass wir zu einer bestimmten Kategorie gehören.“

Hunger und Angst führten zu Streit, Diebstahl und anderen Verbrechen, sagt er. Das Fehlen klarer Kommunikation habe zu zusätzlicher Verwirrung, Wut und sogar gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt – zwischen Ge-

KENIA

KAKUMA

flüchteten und Mitarbeitenden des UNHCR, wie auch zwischen Bewohner*innen des Lagers untereinander. Menschen, die früher ihre Ressourcen zusammentaten, um zu überleben, zögern nun zu teilen, aus Angst, ihren eigenen Zugang zu Nahrungsmitteln zu gefährden.

Longolol will nun nach Südsudan zurückkehren und in dem von Konflikten zerrütteten Land Arbeit suchen. Sein Plan ist, seiner Frau Geld zu schicken, damit sie ihre Kinder in Kakuma besser versorgen kann. Derzeit lebt die Familie von den Rationen, die seine Mutter mit ihnen teilt, die als ältere Person unter Kategorie 2 fällt.

Susan Adit ist Freiwillige in mehreren Camp-Kliniken. Sie beobachtet, wie die Ressourcen schwinden und die Fallzahlen steigen. Unterernährung, unzureichende Wasserversorgung und sich verschlechternde Hygienebedingungen führen zu vermeidbaren Krankheiten; auch stressbedingte Erkrankungen nehmen zu. Ernährungsprogramme für Kinder wurden gestrichen. „Früher bekamen Kinder Erdnüsse und Milch als Nahrungsergänzung“, erklärt Adit. „Jetzt brechen diese Programme zusammen.“

Sie ist ebenso besorgt über den Abbau von Bildungsangeboten. In Kakuma gab es immer relativ gute Möglichkeiten der schulischen Bildung – Adit selbst hat im Lager einen Abschluss in „Community Health“ gemacht. Doch da die Spendengelder ausgehen, sollen die Familien nun einen Teil der Kosten selbst tragen. „Meinen jüngeren Geschwistern wurde gesagt, dass ab jetzt alle Eltern etwas bezahlen müssen“, erzählt sie. „Meine Eltern können sich das nicht leisten, und ich kann nicht helfen, weil ich keinen Job habe, der Geld einbringt.“

Die südsudanesische Geflüchtete Lucy Peter betreibt einen kleinen Laden in Kakuma, in dem sie Dinge wie Lebensmittel und Kleidung verkauft. Die alleinerziehende

NAIROBI

Mutter von vier Kindern wurde in Gruppe 4 eingestuft und hat somit keinen Anspruch mehr auf Lebensmittelhilfe. Sie kämpft hart, um sich und ihre Kinder durchzubringen. Das Geschäft sei in diesem Jahr deutlich zurückgegangen, sagt sie.

Gelegentlich gewährt sie Mitgliedern der Gemeinde einen Kredit und gibt ihnen Lebensmittel und Wasser auf Vertrauensbasis. Manche zahlen ihre Schulden zurück, andere nicht. Da sie alle in einer schwierigen Lage sind, nimmt sie das niemandem übel. Laut Lucy gab es in Kakuma immer wenig Geld, aber die Kürzungen haben es exponentiell schwieriger gemacht, zu überleben.

Die Menschen in Kakuma warten – auf Essen, Wasser, ein Zeichen, dass die Welt sie nicht völlig im Stich gelassen hat. Immer mehr sind inzwischen so verzweifelt, dass sie bereit sind, in ihre Heimatländer zurückzukehren, obwohl sich die Situation, vor der sie geflohen sind, dort nicht verbessert hat. Vielen erscheint das kalkulierte Risiko einer Rückkehr mittlerweile besser als die langsame Verelendung im Lager.



ALBA NAKUWA

ist freie Journalistin aus Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com

MULTILATERALISMUS

Der UN-Plan für humanitäre Hilfe in Zeiten schrumpfender Mittel

Eskalierende Konflikte und die Folgen der Klimakrise haben dazu geführt, dass im vergangenen Jahr mehr als 300 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigten. Gleichzeitig gingen die Mittel drastisch zurück, sodass fast zwei Drittel der besonders Bedürftigen keine Unterstützung erhielten. Dieses enorme Defizit veranlasste UN-Nothilfekoordinator Tom Fletcher dazu, einen neuen Reformprozess vorzuschlagen: den Humanitarian Reset. Eine Reform ist zwar notwendig, doch auch sie kann fehlende Investitionen nicht ausgleichen.

VON MARTIN OHMS, JESSICA KÜHNLE UND MATTHIAS AMLING

Foto: picture alliance/Anadolu/Abuukar Mohamed Muhidin



Lager für Binnengeflüchtete in Mogadischu, Somalia, 2025.

Das internationale System humanitärer Hilfe sieht sich mit zwei Entwicklungen konfrontiert, die ihm immer mehr zusetzen. Erstens sind die Bedarfe stark gestiegen: Zunehmende Gewalt und die sich verschärfende Klimakrise haben die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, von 77,9 Millionen im Jahr 2015 auf 305 Millionen im Jahr 2025 erhöht, wie der Global Humanitarian Overview berichtet, die jährliche UN-Analyse zum weltweiten humanitären Bedarf.

Zweitens fehlen seit Langem die nötigen Mittel. Bis 2022 stiegen die Gelder für humanitäre Hilfe zwar an, lagen aber stets deutlich unter dem tatsächlichen Bedarf. Im Jahr 2024 gingen die öffentlichen Gelder um zehn Prozent zurück – einer der größten prozentualen Rückgänge und der bis dahin höchste absolute Rückgang überhaupt. Infolgedessen mussten viele Akteure Programme kürzen oder ganz einstellen.

Seither hat sich die Krise weiter verschärft. Während die USA 2024 noch etwa 40 % der weltweiten humanitären Finanzierung stellten, sanken die Ausgaben für humanitäre Hilfe unter Präsident Donald Trump im Jahr 2025 um etwa 75 %. Mit USAID schloss Trump die bis dahin wichtigste Regierungsstelle für die Verwaltung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Diese Schritte haben offenbar einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen: Viele Länder priorisierten seither ihre Verteidigungsausgaben, kürzten aber Mittel für staatliche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe.

Deutschland spielte in den vergangenen Jahren eine wichtige Rolle bei der Finanzierung humanitärer Hilfe, kürzte aber sein Budget ebenfalls um 53 %. Auch das Vereinigte Königreich und andere Geberländer nahmen Kürzungen vor und verschärften damit das globale Defizit weiter. Die Folgen könnten verheerend sein: Laut einem alarmierenden Bericht in The Lancet könnten allein die Kürzungen der US-Gelder bis 2030 zu über 14 Millionen zusätzlichen Todesfällen führen.

Die internationale humanitäre Hilfe steht zudem vor strukturellen Herausforderungen. Unter anderem stellt sich die Frage nach einem angemessenen Umgang mit den Machtverhältnissen zwischen verschiedenen Gruppen von Akteuren. Lokale und nationale Akteure (LNAs) sind beispielsweise unverzichtbar für wirksame humanitäre Hilfe: Sie kennen die lokalen Gegebenheiten, sprechen die Landessprachen und sind eingebettet in die Netzwerke vor Ort. Dennoch werden sie in der internationalen Hilfsarchitektur strukturell marginalisiert, haben nur begrenzten Zugang zu Finanzmitteln und werden häufig in übergreifende Entscheidungsprozesse nicht einbezogen. Obwohl seit Langem ein Konsens darüber besteht, dass lokale Führung und Finanzierung gestärkt werden müssen, sind die Fort-

schritte bisher gering. Die Marginalisierung besteht auch deshalb fort, weil UN-Organisationen und andere internationale Akteure von den bestehenden Finanzierungs- und Kontrollsystemen bevorzugt werden. Solche risikoaversen Geberpraktiken und komplexe bürokratische Anforderungen benachteiligen lokale Organisationen.

DER „HUMANITARIAN RESET“

Als Reaktion auf diese Entwicklungen kündigte Tom Fletcher, UN-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekordinator, im Februar 2025 die Initiative „Humanitarian Reset“ an. Fletcher verwies auf eine „tiefgreifende Krise der Legitimität, Moral und Finanzierung“ und forderte die humanitäre Gemeinschaft auf, Macht an lokale Führungspersonlichkeiten im humanitären Bereich zu übertragen, flexibler und effizienter zu werden und dringende, lebensrettende Maßnahmen zu priorisieren. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden so verschiedene Arbeitsbereiche eingerichtet. Sie sollten Reformen vorantreiben und dabei humanitäre Prinzipien ebenso wahren wie einen gewissen Handlungsspielraum. Die meisten dieser Arbeitsgruppen haben bislang keine konkreten Ergebnisse hervorgebracht – es gibt jedoch einige bemerkenswerte Ausnahmen.

Dazu gehört unter anderem der „hyperpriorisierte“ Global Humanitarian Overview (GHO). In dessen Rahmen wurden Prioritäten neu verteilt, was die Zahl der Menschen mit Anspruch auf humanitäre Hilfe drastisch reduziert hat. Dieser Ansatz gilt einerseits als pragmatische Reaktion auf Finanzierungsengpässe, andererseits rief er auch Kritik hervor: Es werde eine neue, noch niedrigere Untergrenze geschaffen – und der Eindruck vermittelt, der humanitäre Sektor habe zuvor mit überhöhten Zahlen gearbeitet.

MEHR MITTEL FÜR LOKALE UND NATIONALE AKTEURE

Besondere Aufmerksamkeit erhielt zudem die erneute Betonung gemeinsamer Fonds, darunter insbesondere die länderspezifischen Poolfonds des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) der UN. Gemeinsame Fonds bündeln Gelder auf Länder- oder regionaler Ebene und verteilen sie an die ausführenden Akteure. Im Rahmen des Humanitarian Reset schlägt der Nothilfekordinator vor, künftig 50 % des globalen humanitären Budgets über solche Fonds zu bündeln und bis zu 70 % der Mittel an LNAs zu vergeben. Sollte sein Vorschlag Erfolg haben, würde dies einen grundlegenden Wandel in der Finanzierung humanitärer Hilfe bedeuten. Um mehr zu sein als Symbolpolitik, müssen die Poolfonds aber schnell, flexibel, transparent und vorausschauend agieren und für lokale Akteure tatsächlich zugänglich sein.

Zudem sollte ein plötzlicher und deutlicher Anstieg der Mittel für LNAs zunächst auf bestehenden Strukturen der

gegenseitigen Unterstützung aufbauen. So ließen sich Kapazitäten und Risiken aufteilen und die Rechenschaftspflicht klären. Für diese Aufgaben bieten sich internationale NGOs und andere Partner an. Eine Reform der länderspezifischen Poolfonds wird aber allein nicht ausreichen; ergänzende Finanzierungsmodelle auf Länderebene sind ebenfalls erforderlich, um humanitäre Hilfe flexibel und kontextgerecht bereitzustellen.

Parallel zum Humanitarian Reset leitet UN-Generalsekretär António Guterres eine umfassendere, systemweite Reform der UN unter dem Namen UN80-Initiative. Während sich der Humanitarian Reset auf humanitäre Hilfe konzentriert, bezieht sich UN80 auf das gesamte UN-System. Das Ziel: Angesichts knapper werdender Ressourcen sollen die UN agiler und integrierter werden und besser auf die komplexen globalen Herausforderungen reagieren können.

VORAUSSCHAUEND HANDELN STATT NUR REAGIEREN

Die Entscheidungsbefugnisse und Finanzierung von LNA zu stärken, ist nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit, sondern auch entscheidend, um das ganze System effizienter und wirksamer zu machen. Eine sinnvolle Verlagerung der Verantwortung auf lokale Ebenen erfordert jedoch, dass Akteure, die bislang übermäßig viel Einfluss hatten, einen Teil ihrer Kontrolle abgeben. Dies bleibt eine der zentralen Spannungen des Humanitarian Reset, der bisher weitgehend von UN-geführten Strukturen gestaltet wird. NGOs und Geberinstitutionen hatten bislang nur sehr begrenzt die Möglichkeit, sich systematisch zu beteiligen, obwohl sie für die Zukunft des Systems entscheidend sein werden. Das gilt insbesondere für lokale und nationale Akteure. Sie breiter und inklusiver zu beteiligen, ist daher unerlässlich, wenn der Reset nachhaltige Veränderungen bewirken soll.

Gleichzeitig sollte die aktuelle Reform dazu genutzt werden, das bisher überwiegend reaktive System vorausschauender auszurichten. Humanitäre Krisen werden zunehmend vorhersehbar, und es gibt mittlerweile etliche Belege dafür, wie kosteneffektiv Maßnahmen sind, die Krisen abmildern, noch bevor sie sich voll entfalten. Vorausschauendes Handeln rettet Leben, schützt Lebensgrundlagen und stärkt die Widerstandskraft der Betroffenen, was humanitäre Hilfe für sie auch würdevoller macht. Solche antizipierenden Ansätze, die bestenfalls lokal gesteuert sind und auf dem Wissen und den Erfahrungen der lokalen Bevölkerung basieren, sind daher zentral für eine zukunftsfähige humanitäre Hilfe.

Die Welthungerhilfe, eine der größten privaten Hilfsorganisationen Deutschlands, begrüßt die Chance zur Reform des Systems, die der Humanitarian Reset bietet. Wir setzen uns ein für vorausschauende humanitäre Hilfe, dezentrale Ansätze und ein System, das die Menschen vor Ort in den Fokus rückt.

Gerechte, wirksame und effiziente humanitäre Hilfe kann nur gelingen, wenn sie inklusiver wird und Entscheidungen mit allen relevanten Akteuren gemeinsam getroffen werden.

Reformen allein können aber letztlich die klaffende Finanzierungslücke nicht schließen. Selbst wenn das System spürbar effizienter würde, kann es steigenden Bedarfen bei gleichzeitig schrumpfenden Mitteln nicht gerecht werden – unterfinanziert war es ja bereits zuvor. Soll die humanitäre Hilfe also ihren Prinzipien treu bleiben und weiterhin wirksam sein, ist es absolut notwendig, dass ihr deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen, und zwar über mehrere Jahre hinweg zuverlässig finanziert.

QUELLEN

OCHA, 2025: The Humanitarian Reset.

unocha.org/news/humanitarian-reset-10-march-2025

OCHA, 2024: Global Humanitarian Overview 2025.

humanitarianaction.info/document/global-humanitarian-overview-2025

OCHA, 2025: Global Humanitarian Overview 2026.

humanitarianaction.info/document/global-humanitarian-overview-2026

UN80 Initiative: un.org/un80-initiative/en

Welthungerhilfe, 2025: The Humanitarian Reset.

welthungerhilfe.org/fileadmin/pictures/publications/en/position_papers/policy-brief-humanitarian-reset-whh.pdf



MARTIN OHMS

ist Junior-Experte im Bereich humanitäre Hilfe bei der Welthungerhilfe.

martin.ohms@welthungerhilfe.de



JESSICA KÜHNLE

ist Beraterin für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation im Bereich vorausschauende humanitäre Hilfe bei der Welthungerhilfe.

jessica.kuehnle@welthungerhilfe.de



MATTHIAS AMLING

ist stellvertretender Direktor für humanitäre Hilfe bei der Welthungerhilfe.

matthias.amling@welthungerhilfe.de



Ein Taliban-Kämpfer steht Wache, während Lebensmittelhilfen aus China an die Menschen in Kabul verteilt werden.

AFGHANISTAN

Wegsehen ist (k)eine Option

In Afghanistan gilt es, Hilfe zu leisten – insbesondere für Frauen und Mädchen – und die Zivilbevölkerung zu stärken, ohne das Taliban-Regime zu legitimieren. Jüngste politische Entwicklungen in Deutschland sind aus menschenrechtlicher Sicht fatal.

VON SELMIN ÇALIŞKAN

Die humanitäre Lage in Afghanistan ist keine abstrakte Krise, sondern die Summe internationalen Versagens. Menschen leben in bitterer Armut, viele wissen nicht, ob sie ihre Kinder morgen noch ernähren können. Frauen berichten, dass sie keine Ärztinnen oder Hebammen mehr erreichen – selbst Gesundheitsberatung per Handy ist unter dem Taliban-Regime untersagt. Gesundheitsvorsorge für Schwangere ist für viele zum Fremdwort geworden.

In dieser Situation besteht die Herausforderung für die internationale Gemeinschaft darin, Hilfe zu leisten, ohne das Taliban-Regime zu legitimieren. Der Erfolg dieser Hilfe hängt entscheidend vom Einsatz Einzelner auf beiden Seiten ab: sowohl seitens der Mitarbeitenden internationaler Hilfsorganisationen als auch seitens lokaler, moderaterer Vertreter der Taliban. Während Erstere die Hilfe bereitstellen, ist es an Letzteren, diese – oft unter dem Radar – zu gewähren: für Frauen und Mädchen, aber auch für gefährdete Gegner*innen des Regimes. Angesichts der herrschenden Gender-Apartheid verlangt dies, persönliche Risiken für Entscheidungen in Kauf zu nehmen.

UN-Organisationen, die EU und internationale NGOs spielen eine Schlüsselrolle, weil sie über Kontrollmechanismen verfügen und Mittel direkt zu den Betroffenen lenken können. Um Wirkung zu entfalten, müssten sie sich allerdings im Hinblick auf Ziele und Strategien besser abstimmen – ein altes Problem. Wie unter anderem aus deutschen Entwicklungsorganisationen zu hören ist, behindern die Taliban in Afghanistan insbesondere die Mitarbeit von Frauen.

„Internationale Sanktionen wie eingefrorene Gelder und Restriktionen des Zahlungsverkehrs sollen Druck auf das Regime ausüben, erschweren aber zugleich finanzielle Transaktionen der Hilfsorganisationen.“

Online-Aktivitäten zur Gesundheitsberatung für Frauen, die aber auch das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen dokumentieren könnten, überwachen die Taliban streng. Zugleich wissen alle: Ohne Frauen erreicht die Hilfe Frauen und Mädchen nicht. Das ist die bittere Realität.

SANKTIONEN SCHADEN REGIME UND HELFENDEN

Internationale Sanktionen wie eingefrorene Gelder und Restriktionen des Zahlungsverkehrs sollen Druck auf das Regime ausüben, erschweren aber zugleich finanzielle Transaktionen der Hilfsorganisationen, etwa für Gehälter und lokale Beschaffung. Dies zeigt: Der UN-Sonderberichtsersteller für Afghanistan, Richard Bennett, hat recht damit, wenn er davor warnt, Menschenrechtspolitik von humanitärer Praxis zu entkoppeln. Humanitäre Ausnahmen, funktionierende Finanzkanäle und klare politische Signale aus Berlin und Brüssel sind überlebenswichtig. Die Unterstützung der Zivilbevölkerung ist kein Zugeständnis an die Taliban.

Was mich besonders umtreibt, sind die Auswirkungen der Politik hier in Deutschland. In meiner Arbeit mit exilierten afghanischen Menschenrechtsverteidigerinnen zeigt sich: Außenpolitik wird unmittelbar Innenpolitik, wenn der demokratische und menschenrechtliche Kompass durch eine Anti-Migrations-Politik für null und nichtig erklärt wird. Und das, obwohl es hier wohl gemerkt um politische Verfolgung geht – nicht um Migration.

Afghanische Ortskräfte werden jetzt nur noch unter großem öffentlichem Druck aus Pakistan eingeflogen, statt per Aufnahmezusage der deutschen Regierung. Bedrohten wird Geld angeboten, wenn sie auf die zugesagte Einreise verzichten. In den Jahren vor der erneuten Machtergreifung der Taliban unterstützten sie die dort stationierten Truppen der Bundeswehr oder arbeiteten für die GIZ, nun droht ihnen Verfolgung durch das Regime.

Auch die Übernahme der afghanischen Botschaft in Berlin durch die Taliban und die Einladung von Taliban-Vertretern zur Durchsetzung der deutschen Abschiebepolitik rufen reale Angst vor weiterer Verfolgung durch die Radikal-islamisten in Deutschland hervor. Frauen und Männer aus Afghanistan müssen für Ausweise oder Geburtsbescheinigungen nun jene Institutionen aufsuchen, vor denen sie geflohen sind.

Der Alptraum politisch Verfolgter ist damit Realität geworden: transnationale Verfolgung über nationale Grenzen hinweg – trotz Schutzstatus. Was wir aus Russland oder afrikanischen Ländern kannten, trifft nun auch Menschen aus Afghanistan. Belgien und Österreich weigern sich, Talibanvertreter als Botschaftspersonal zu akkreditieren – warum Deutschland nicht?

GENDER-APARTHEID ALS NEUER STRAFTATBESTAND

Gleichzeitig lassen exilierte Frauenrechtsverteidigerinnen weder Frauen und Mädchen noch ihr Land im Stich. Sie verhandeln unerschütterlich mit EU-Staaten und verlangen, dass Gender-Apartheid als neuer Straftatbestand vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) anerkannt wird. Ziel ist es, die aktuellen Machthaber rechtlich dafür zu belangen, dass sie Frauen vollständig entrechtet haben.

Während dieser Artikel verfasst wurde, haben die Taliban ein neues Gesetz erlassen, das die Bevölkerung in freie und versklavte Menschen einteilt. Frauen und Mädchen gehören der zweiten Kategorie an. Wenn Gender-Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert würde, würde dies auch westlichen Staaten, die den IStGH anerkennen, erschweren, weiter wegzusehen.

Nicht wenige der Frauen, mit denen ich arbeite, hegen den Wunsch, irgendwann nach Afghanistan zurückzukehren, um ihr Land mit ihrer Expertise wieder aufzubauen. Ähnliches geschah bereits nach dem Ende der ersten Taliban-Herrschaft.

Afghanistan lehrt: Hilfe in repressiven Kontexten muss standhaft, menschenrechtsbasiert und politisch klug sein. Wegsehen ist keine Option – aber naive Normalisierung auch nicht. Denn das hilft auch den Antidemokraten hier in unserem Land.

**SELMİN ÇALIŞKAN**

ist Expertin für Menschenrechte und Gender-Gleichberechtigung, Strategieberaterin und Executive Coach. Sie war Direktorin für Institutionelle Beziehungen der Open Society Foundations Berlin, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland und arbeitete für medica mondiale und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), unter anderem in Afghanistan.

selmin.caliskan@posteo.de



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER

[linkedin.com/
company/d-c-development-
and-cooperation](https://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website dandc.eu hin.



KRISEN UND KONFLIKTE

„Der Triple Nexus braucht mehr Flexibilität und Fehlertoleranz“

Humanitäre Hilfe, Entwicklung und Friedensarbeit enger zu verzahnen, ist seit Jahren das Ziel des Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus), der wegen seiner drei Felder auch als „Triple Nexus“ bezeichnet wird. Katharina Valjak vom katholischen Entwicklungshilfswerk Misereor erläutert, weshalb seine Umsetzung stockt und wo Verbesserungspotenzial besteht.

KATHARINA VALJAK IM INTERVIEW MIT LEON KIRSCHGENS



Medizinischer Transport in Khan Yunis, Gaza.

Frau Valjak, fast zehn Jahre ist es her, dass der HDP-Nexus offiziell eingeführt wurde. Mittlerweile ist er fester Bestandteil der Arbeit staatlicher wie nicht-staatlicher Organisationen. Ein voller Erfolg also?

Es ist richtig, dass der Nexus inzwischen eine feste Größe in der Entwicklungszusammenarbeit geworden ist. Mittlerweile gibt es eigene Referate in Ministerien wie dem BMZ und dem Auswärtigen Amt, spezielle Koordinierungs- und Austauschformate auf UN-Ebene und auch eine eigene Nexus-Akademie, die Fachkräfte für diese Arbeitsweise sensibilisieren und ausbilden soll. In Deutschland wird zudem der sogenannte Nexus-Chapeau-Ansatz etabliert, mit dem zunehmend humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung unter einem gemeinsamen strategischen „Dach“ gedacht und finanziert werden sollen. Akteure, auch Nichtregierungsorganisationen, können sich hierbei zu Partnerschaften zusammenschließen. Zudem gibt es komplementäre Programme und Beauftragungen der Ministerien für ihre Durchführungsorganisationen, die diese Bereiche systematischer miteinander verbinden. Bis heute bleibt jedoch vieles schwammig. Der Triple Nexus ist in der Praxis noch längst nicht dort angekommen, wo er hinwollte und wo er eigentlich sein sollte.

Wo sollte der HDP-Nexus sein – und wo steht er heute?

Das übergeordnete Ziel war, dass kurzfristige Hilfe und langfristige Unterstützung stärker ineinandergreifen. Die humanitäre Hilfe sollte also von vornherein berücksichtigen, wie die Entwicklungszusammenarbeit strukturell vorgeht, und andersherum. Daraus, so die Erwartung, ergeben sich neue, effektivere Herangehensweisen. Die wohl grundlegendste Neuerung war, mit dem „P“ im HDP-Nexus die Förderung von Frieden stärker in den Vordergrund zu rücken und eben nicht nur „Peacekeeping“ zu betreiben, sondern „Peacebuilding“. Das bedeutet, aktiv Strukturen zu etablieren, die Frieden fördern und nicht nur den Status quo absichern.

Doch lange war und ist der Triple Nexus vor allem eines gewesen: ein Begriff westlicher Thinktanks, Geberinstitutionen und Entwicklungsorganisationen, um in Projekten auf den Zusammenhang von Krisen, Entwicklungsdefiziten und gewaltvollen Konflikten zu reagieren. Das ändert sich zwar langsam. Nexus-Strategien haben in den vergangenen Jahren zunehmend auch den Weg in die praktische Umsetzung gefunden. Doch leider hat sich mit der Zeit oft das Missverständnis verfestigt, dass der Nexus in der Praxis einem logischen Ablauf folge: erst humanitäre Hilfe, dann Entwicklung, dann Frieden.

Was so jedoch nicht stimmt.

Jedenfalls nicht immer. Der Nexus gleicht oft eher einem Dreieck, in dem mal die eine, mal die andere Komponente

„Wir müssen von vornherein Fragen einbeziehen wie: Wer profitiert von den Maßnahmen? Wer könnte sich ausgeschlossen fühlen? Gibt es historische Spannungen zwischen Dörfern, ethnischen Gruppen oder religiösen Gemeinschaften?“

überwiegt oder an erster Stelle steht: Manchmal braucht es zuerst Friedensmaßnahmen, um überhaupt Zugang zu Menschen und Regionen zu gewinnen. In anderen Fällen wiederum laufen humanitäre Hilfe, Entwicklungsarbeit und Friedensarbeit parallel. Und tatsächlich arbeiten auch viele, vor allem lokale Organisationen, längst so, ohne den Begriff zu kennen. Ein Pfarrer auf den Philippinen etwa, der die Strukturen vor Ort seit Jahrzehnten kennt und Teil von ihnen ist, weiß nahezu intuitiv, wie Konflikte etwa mit Naturkatastrophen und Armut zusammenhängen. Es sind eher externe Akteure, die vom HDP-Nexus sprechen, um die komplexen Zusammenhänge greifbarer zu machen und Lösungskonzepte zu entwickeln.

Die Betonung beim HDP-Nexus liegt auf dem P, also dem Peacebuilding. Dabei hieß es lange, dass Entwicklung irgendwann von selbst zu Frieden führe.

Mit genau dieser Vorstellung möchte der HDP-Nexus ja aufräumen, weil sie viel zu kurz greift. Wenn im Rahmen eines Projekts etwa in einem Dorf ein neuer Brunnen gebaut wird, ohne die lokalen Gegebenheiten und damit auch das Konfliktpotenzial etwa unter indigenen Gruppen zu kennen, kann man am Ende mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften. Wir müssen deshalb vielmehr von vornherein Fragen einbeziehen wie: Wer profitiert von den Maßnahmen? Wer könnte sich ausgeschlossen fühlen? Gibt es historische Spannungen zwischen Dörfern, ethnischen Gruppen oder religiösen Gemeinschaften? In der Vergangenheit

gab es immer wieder gut gemeinte Entwicklungsprojekte, die Konflikte letztlich nur verschärft haben und zu Frustration, Konkurrenz und im schlimmsten Fall Gewalt geführt haben. Der Nexus setzt genau da an und postuliert: Frieden ist kein Nebenprodukt von Entwicklung, sondern ein klares Ziel.

„Gerade lokale Akteure spielen eine zentrale Rolle, weil sie die lokalen Gegebenheiten kennen und oft mehrere Ebenen gleichzeitig im Blick haben.“

Lässt sich das erreichen, wenn man die Konfliktgruppen an einen Tisch bringt?

Es ist viel mehr als das. Lange hat sich ein recht enges Verständnis von Frieden verbreitet, das ihn vor allem als Abwesenheit von Gewalt sieht, also ein Waffenstillstand oder auch ein Abkommen zwischen Eliten. Mittlerweile wurde für viele Akteure deutlich, dass zu Frieden noch mehr gehört und er damit nicht einfach komplett „erreicht“ ist. Dabei muss man auch langfristig Einstellungen, Vorurteile und Handlungsmuster der Bevölkerung adressieren – letztlich Maßnahmen für die Prävention von Gewalteskalation. Das kann etwa bedeuten, einen Dialog zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf lokaler Ebene anzuregen, sei es zwischen Generationen, Frauen und Männern oder Ethnien. Es bedeutet auch, Räume zu schaffen, in denen Menschen sich wieder als Teil einer Gemeinschaft betrachten – manchmal ganz banal über gemeinsame Aktivitäten oder religiöse Praktiken. Es geht in gewisser Weise also um das „kleine P“, die alltägliche Friedensarbeit.

Womit wir wieder bei der Dreiteilung wären. Die allermeisten Organisationen haben ihren Schwerpunkt auf einem dieser Bereiche. Wenn im Nexus nun alles zusammengedacht wird, sollte dann nicht auch alles „aus einer Hand“ ausgeführt werden?

Das lässt sich nicht so pauschal sagen. Theoretisch klingt es erst mal gut, wenn eine einzige Organisation, noch dazu eine lokale, jeden dieser Schritte übernimmt. Praktisch ist das aber nur selten realistisch. Die meisten Organisationen

haben allein schon historisch betrachtet ein klares Mandat und auch dafür das Vertrauen in der Bevölkerung vor Ort. Es gibt auch ein paar Organisationen wie die Caritas, die in Ländern wie Burkina Faso oder Äthiopien versuchen, alle drei Elemente strategisch zusammenzudenken. Das sind spannende Beispiele, aber sie erfordern große Kapazitäten. In vielen Kontexten ist es sinnvoller, wenn unterschiedliche Organisationen mit unterschiedlichen Expertisen zusammenarbeiten – vorausgesetzt, sie tun das strategisch koordiniert. Gerade lokale Akteure spielen dabei eine zentrale Rolle, weil sie die lokalen Gegebenheiten kennen und oft mehrere Ebenen gleichzeitig im Blick haben. Die Herausforderung ist, die Zusammenarbeit so zu gestalten, dass das gemeinsame Projekt kein starres Konstrukt bleibt, sondern auf Entwicklungen reagieren kann. Auch das ist etwas, was der Nexus sichtbar gemacht hat – selbst wenn die Umsetzung noch schwierig ist.

Worin liegen die Schwierigkeiten?

Nun, es mangelt häufig noch an der Flexibilität, die der Nexus-Ansatz bräuchte, um auch wirklich wirksam zu sein – und zwar nicht nur in der Umsetzung, sondern bereits im Projektdesign. Das zeigt sich zum Beispiel in den Förderlogiken vieler Geberinstitutionen. Auch wenn der HDP-Nexus, wie eingangs erwähnt, in den Ausschreibungen großer Geber mittlerweile eine bedeutende Rolle spielt, bleiben die Vorgaben für den Ablauf eines Projekts recht rigide. In Krisenlagen und allgemein fragilen Kontexten ändern sich Situationen aber schnell, sei es aufgrund der Dynamik eines Konflikts, der Sicherheitslage oder von politischen Rahmenbedingungen. Ein Nexus-Vorhaben müsste darauf ebenso schnell reagieren können.

Was bedeutet das konkret?

Etwa, dass Gelder schnell umgeschichtet werden können oder auch der gesamte Fokus des Projekts umgeschwenkt werden kann, auch wenn er unter der vorherigen Ausgangslage noch anderswo lag. Tatsächlich aber ist es sowohl für lokale als auch für internationale Akteure noch immer sehr bürokratisch, Änderungen zu beantragen und innerhalb von Wochen oder Monaten die Ausrichtung eines Projekts anzupassen. Im schlimmsten Fall kollabiert so der gesamte Nexus-Ansatz in einer Region: Die Arbeit der Akteure geht dann wieder überwiegend ins Reagieren über, wo sie eigentlich im strategischen Handeln bleiben müsste. So war es etwa in Haiti oder Myanmar. Dort waren humanitäre Organisationen, Entwicklungsprojekte und UN-Missionen zeitweise sehr präsent – eigentlich ideale Voraussetzungen für die Nexus-Arbeit. In der Praxis aber haben viele Akteure zu sehr in „Silos“ nebeneinanderher gearbeitet, statt aufeinander einzugehen. Auch gibt es hier oft Hierarchien und Konkurrenz untereinander; helfen würde vor allem eine Anerkennung der Arbeit lokaler Organisa-

tionen, beispielsweise über feste Anteile von HDP-Nexus-Programmfinanzierung. Als sich die Situation wieder verschlechterte und Organisationen das Land verließen, wurde kaum strategisch nachjustiert: Was braucht es jetzt am dringendsten? Wer kann etwas auffangen? Das zeigt, wie wenig anpassungsfähig das Konstrukt noch ist, wenn es nicht von vornherein flexibel gehalten wird.

Wie ließe sich das – abgesehen von flexiblerer Finanzierung – ändern?

Es braucht Räume, in denen offen über Fehler und gescheiterte Maßnahmen gesprochen werden kann, ohne etwas befürchten zu müssen. Viel zu oft werden Projekte intern wie extern danach beurteilt, ob sie die am Anfang gesteckten Ziele erreichen, obwohl sich die Ausgangslage womöglich stark verändert hat und ganz andere Ziele im Vordergrund stehen müssten. Zusätzlich gibt es die Tendenz, der sogenannten „Sunk Cost Fallacy“ zu verfallen: also trotz veränderter Ausgangslage so weiterzumachen wie bisher – weil man ja schon so viel investiert habe und

ein Umschwenken einem Neuanfang gleichkäme. Auch hier geht es also wieder um die Flexibilität, umdenken zu können. Friedensarbeit ist eben langwierig und schwer messbar. Vieles funktioniert nicht – oder zumindest nicht so, wie man es geplant hat.



KATHARINA VALJAK

ist Friedensreferentin bei Misereor. Sie arbeitet zu Konflikttransformation, Friedensförderung und der Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Frieden, insbesondere in fragilen Kontexten.

katharina.valjak@misereor.de

Abonnieren Sie den E+Z- Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die deutsche Version oder die englische.

